



medico international

rund- schreiben 01/16

Flucht: Europas neue Grenzen
Guatemala: Historisches Urteil
Afghanistan: Vermeintlich sicher

KOMMENTAR 4
GUATEMALA 8
SYRIEN 14
FACHTAGUNG ZU FLUCHT 18
AFGHANISTAN 21
PROJEKTE – PROJEKTIONEN 24
ISRAEL/PALÄSTINA 26
ÄGYPTEN 34
WESTSAHARA 36
SIERRA LEONE 38
MEDICO MATERIALLISTE 44
SERVICE/IMPRESSUM 46

Liebe Leserinnen und Leser,

lassen Sie mich mit der Rückseite anfangen. Wir zitieren dort den französischen Schriftsteller George Perec. Die Zahlen, die er auflistet, erinnern an eine europäische Auswanderungsgeschichte, die in der aktuellen Debatte um die nach Europa Geflüchteten keine Rolle spielt. Nur wenn wir uns dieser eigenen Geschichte bewusst sind, wir Europa also historisch auch als Kontinent der Auswanderung begreifen, können wir Wege der Inklusion und Integration finden. Schlüsselbegriffe dabei sind Solidarität und Empathie. Haltungen, die aktuell viele in der Unterstützung der Geflüchteten an den Tag legen, die aber in der herrschenden Politik schmerzlich vermisst werden. Diese redet der Abschottung das Wort mit Blick auf die verängstigten und auf ihre Privilegien bedachten Groß- und Kleinbürger, die trotzdem AfD wählen. Diese politische Feigheit gefährdet das, was sie zu verteidigen behauptet: demokratische Grundsätze, von

der Würde des Menschen bis zum Völkerrecht, das aus der Verheerung zweier Weltkriege und der Erfahrung des fabrikmäßigen Tötens entstanden ist.

Hannah Arendt, in deren Namen die Politik gerne Preise vergibt, hat eine durch die eigene Verfolgungs- und Fluchterfahrung geprägte Denktradition begründet, in der die Universalität des Rechts Ausgangspunkt des politischen Handelns ist. Davon ist die Politik derzeit weit entfernt. Wir erleben eine Abfolge von Asylrechtsverschärfungen, die vom Entwurf zur Verabschiedung binnen 24 Stunden Bundestag und Bundesrat ohne Änderung passieren. Es gibt, scheint's, nur noch die Exekutive. In diesem Rundschreiben berichten wir aus Regionen, die nun als „sicher“ deklariert werden. Wir haben allerdings einen anderen Blick auf die Realitäten dort. Denn wir teilen die Sicht derer, die um Demokratie und Menschenrechte ringen. Viele unserer Partner setzen sich Gefahren aus, etwa die Menschenrechtlerinnen vom Nadeem-Center in Ägypten oder die afghanischen Kollegen von AHRDO, ganz zu schweigen von unseren Kolleginnen und Kollegen in Syrien oder in den kurdischen Regionen. Andere verzichten auf Einnahmen, wenn ihnen der politische Preis zu hoch ist. So lassen sich unsere Kollegen aus Mauretanien mit europäischen Geldern nicht dazu bringen, an der Externalisierung des Grenzregimes mitzuwirken. Manchmal besteht Widerstand – auch darauf hat Hannah Arendt verwiesen – darin, nicht mitzumachen.

Während wir das Rundschreiben produzieren, verfolgen wir die Bilder aus Idomeni. Wenn es Ihnen vorliegt, werden die Tausenden Schutzsuchenden vielleicht schon an einen anderen Ort verbracht sein. Es bleibt das, was Hannah Arendt auch der medico-Arbeit als wesentliches Motiv mitgegeben hat: das Recht, Rechte zu haben. Hierin liegt einer der Gründe, warum medico zwischen Migration und Flucht ungenau unterscheidet. Denn die Verhältnisse, die Warren Buffet als „Krieg der Reichen gegen die Armen“ bezeichnet, schaffen viele Gründe, die sich als Zwang zu fliehen erweisen. Und erneut sind Millionen aufgetaucht, die dieses Recht „verloren haben und zufolge der neuen globalen Organisation der Welt nicht imstande sind, es wiederzugewinnen“, so Arendt. Manchmal aber kommt das Recht auf Rechte zum Durchbruch. Deshalb haben wir das historische Urteil aus Guatemala zugunsten indigener Frauen an den Anfang dieses Heftes gestellt. medico-Partner sind an diesem Verfahren seit Jahrzehnten beteiligt – auch dank Ihrer Mithilfe. Guatemala zeigt, dass es keinen Grund gibt, sich entmutigen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre Katja Maurer




Schafft sich Europa an seinen Grenzen selbst ab? Im griechischen Idomeni blickt ein syrischer Familienvater durch den Zaun nach Mazedonien.



Europa geht anders



Nur ihre demokratische Neuausrichtung kann die Europäische Union retten

Von Thomas Gebauer

Und nun also auch Europa, das scheitern könnte. – Welcher Irrsinn! Ausgerechnet dem Kontinent, der so vielen Menschen in aller Welt als Ort von Frieden und Wohlstand gilt, droht eine ungewisse Zukunft.

Ja, Europa ist bedroht: bedroht durch rechtspopulistische Parteien, die gegen ein „Brüsseler Bürokratiemonster“ Sturm laufen, um einer Renaissance nationalistischer Politik das Wort zu reden; bedroht aber auch durch eine politische und wirtschaftliche Elite, die in den Brüsseler Institutionen immer unverblümt nur noch einen Herrschaftsapparat zur Sicherung eigener Macht- und Profitinteressen sieht.

Zur bitteren Ironie dieser Geschichte zählt, dass ausgerechnet die, die Europa an den Rand des Abgrunds geführt haben, nun auf die Folgen hinweisen, die mit dem Zerfall der Union drohen. Unternehmerverbände warnen vor Schäden in Milliardenhöhe, die mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen unvermeidlich würden; Politiker, die gerade noch der verarmenden Bevölkerung in Griechenland vorgeworfen haben, sie lebe über ihre Verhältnisse, beklagen den Verlust der Solidarität; Boulevardblätter, die zuletzt nicht müde geworden sind, die irrixe Mär vom deutschen Zahlmeister zu kolportieren, zeigen sich besorgt über den Erfolg europafeindlicher Parteien. Und fast schon verzweifelt versucht der britische Premierminister die Geister wieder loszuwerden, die er mit der wiederholten Drohung eines britischen EU-Austritts gerufen hat.

Der Kitt, der die Europäische Union gegenwärtig zusammen hält, besteht allerdings nicht mehr aus Solidarität und sozialem Ausgleich. Vielleicht war das auch nie wirklich der Fall. Und dennoch stand am Horizont immer die Hoffnung, dass sich Europa zu einer grenzüberschreitenden Solidargemeinschaft entwickeln könnte, die für ein friedliches Miteinander garantiert.

Nun aber sieht es so aus, dass der historisch so bedeutsame Schritt, nationalstaatliche Engstirnigkeit zugunsten einer offenen und sich auf Freizügigkeit gründenden Union aufzugeben, schon bald wieder Geschichte sein könnte. Was übrig bleiben wird, ist das, was am Anfang des europäischen Einigungsprozesses gestanden hat: eine kühl kalkulierende Wirtschaftsunion, in der es weder für Sozialpolitik noch für Friedenspathos Platz gibt.

Mit aller Dramatik zeigen sich heute die Auswirkungen jenes unheilvollen Spardiktats, das Deutschland dem Rest Europas in den vergangenen Jahren aufgezwungen hat. Vor allem aber zeigt sich, wie falsch es gewesen ist, die Europäische Union nicht wirklich zu einer politischen und sozialen Union auszubauen. Zwar sollten im EU-Verfassungsvertrag, über den Anfang der 2000er Jahre verhandelt wurde, auch Sozialstandards und gemeinwesenorientierte Grundsätze verankert werden, die das Wort Verfassung durchaus noch gerechtfertigt hätten, doch blieben sie immer nur nachgela-

gert zum eigentlichen Ziel der Verhandlungen: der vertraglichen Fixierung eines Wirtschaftsliberalismus.

Der Protest gegen die infame Absicht, einer wirtschaftspolitischen Strategie zur Sicherung von Rendite Verfassungsrang einzuräumen, blieb nicht aus. Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände und soziale Bewegungen, wie Attac, drangen auf Korrektur. Aber auch rechts-populistische Parteien nutzten die in der Bevölkerung wachsende Skepsis, verlangten allerdings keineswegs ein anderes, ein soziales Europa, sondern dessen Auflösung. Das Vertragswerk, das ohne wirkliche Beteiligung der Bevölkerung ausgehandelt wurde, ist schließlich in Plebisziten, die in einigen Mitgliedsstaaten stattgefunden haben, abgelehnt worden.

Aus diesem Scheitern scheinen die Regierungen in Berlin, London und Paris wenig gelernt zu haben. Unbeirrt haben sie daran festgehalten, die Dominanz des Ökonomischen vertraglich zu zementieren. Genau darum dreht sich das geplante Freihandelsabkommen mit den USA. Kommt TTIP zustande, droht das Recht auf Profit zu einer Art Superrecht zu werden, das alle anderen Rechte, auch und gerade die Menschenrechte, überstrahlt.

Und so führt der Weg, den die Europäische Union in den letzten Jahrzehnten gegangen ist, steil nach unten: aus der Idee eines breit angelegten Verfassungskonvents wurden wenig transparente Verhandlungen über einen Verfassungsvertrag, die schließlich in einem profanen Handelsvertrag zu enden drohen, an dessen Zustandekommen nicht einmal mehr die Parlamente der Mitgliedsstaaten beteiligt gewesen sein werden. Angesichts solcher offenkundiger Demokratiedefizite kann das Misstrauen, das heute den europäischen Institutionen entgegengebracht wird, nicht überraschen.

Diktum der Alternativlosigkeit

In all den Jahren hat es nicht an Initiativen gefehlt, die für ein anderes Europa eingetreten sind. Nichts an den Forderungen nach Demokratie und Solidarität war falsch, und doch ist es nicht gelungen, die zumeist lokalen bzw. nationalen Einsprüche zusammenzuführen und zum Ausgangspunkt einer kraftvollen europaweiten Bewegung zu machen.

Zwar ist das öffentliche Unbehagen an den europäischen Institutionen weiter angewachsen, doch blieb die Bereitschaft, sich selbst für politische Alternativen stark zu machen, beschränkt. Deutlich wird hier, wie tief sich das Diktum der Alternativlosigkeit bereits in den Köpfen der Menschen eingemischt hat. So absurd es klingt: viele Menschen können sich heute eher den Untergang der Welt vorstellen, als ein Ende des Kapitalismus.

Mit den neuen politischen Bewegungen in Griechenland, Spanien und Portugal aber hat sich das verändert. Dort haben sich breite Bevölkerungsschichten für grundlegende Veränderungen ausgesprochen, wohlwissend, dass diese auch mit Ungewissheiten verbunden sein können. Auch die große Bereitschaft so vieler Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, die nun bereits über Monaten den nach Europa Geflüchteten solidarisch beistehen, zeigt, dass etwas in Bewegung gekommen ist.

Mit Blick auf die eingetretene Zerrüttung Europas lässt sich die Brisanz der Lage nicht mehr verleugnen. Deutlich wird die Notwendigkeit, sich über die Kritik am prekären Zustand der bestehenden europäischen Institutionen hinaus auch Klarheit darüber zu verschaffen, wie ein anderes, ein solidarisches Europa jenseits von Bürokratie und Profit aussehen könnte. Gebraucht wird ein überzeugender Gegenentwurf, der die Alternative wenigstens in ihren

Grundzügen aufscheinen lässt. Eine Vision, die mitreißt und zugleich auch dazu beiträgt, eine unabhängige europäische Öffentlichkeit zu fördern.

Da heute fundamentale Prinzipien, wie Demokratie, Gleichheit und Gemeinwohl, unter Druck stehen, gilt es eben solche Grundsätze zum Ausgangspunkt zu machen. Wie erfolgreich das sein kann, hat kürzlich eine Schweizer Initiative vorgemacht, die maßgeblich dazu beigetragen hat, eine per Volksentscheid angestrebte Verschärfung des Schweizer Ausländerrechts zu verhindern. Die Botschaft, die überzeugte: nicht alleine die Rechte von Geflüchteten oder Migrant*innen stünden auf dem Spiel, sondern die verfassungsmäßigen Rechte aller und damit die Verfassung als solche.

Global denken, lokal handeln

Nicht die Auflösung der europäischen Institutionen ist das Ziel, sondern deren Demokratisierung. Nicht die weitere Verwaltung der bestehenden Krisendynamik ist gefragt, sondern die Bereitschaft zu einer radikalen Umkehr; nicht die erneute Beschränkung von Freizügigkeit und sozialer Sicherung, sondern die Schaffung einer sozialen Infrastruktur in Gemeineigentum, die weltweit allen Menschen den Zugang zu Gesundheit, Bildung, Wohnen, Alterssicherung, etc. sichert. Machen wir in Europa den Anfang!

„Global denken, lokal handeln!“: - der Leitsatz aus der Umweltbewegung könnte auch in den kommenden Auseinandersetzungen für Demokratie und soziale Gerechtigkeit Orientierung stiften. Auch solche Kämpfe haben viele Orte und brauchen verbindende Grundsätze. Nicht die Vielfalt der Auseinandersetzungen ist das Problem, sondern die Gefahr, im jeweils besonderen Engagement stecken zu bleiben.

Nicht alles am Kapitalismus sei schlecht gewesen, heißt es mitunter. Tatsächlich hat er den industriellen Fortschritt vorangetrieben und damit auch die Grundlagen für ein Leben jenseits von Not und Notwendigkeit gelegt. Aber eben diese Vorzüge verkehren sich heute in ihr Gegenteil. Naturbeherrschung schlägt um in Naturzerstörung. Wohlstand in soziale Verunsicherung. Individualität in Depression. Freiheit in Vogelfreiheit.

1516, vor genau 500 Jahren erschien Thomas Morus' „Utopia“. Dem damals aufkommenden Handelskapitalismus hielt Morus einen Gesellschaftsentwurf entgegen, in dem bereits Ideen wie Toleranz, Demokratie und Gemeineigentum aufscheinen. Heute gilt es sich, daran zu erinnern, dass das Ausmaß, sowohl der unterdessen entwickelten materiellen Kräfte, als auch des Wissens um die Zusammenhänge des Lebens, längst die Realisierung einer freien Gesellschaft für alle zuließe.

Historisch

Guatemala: Gerechtigkeit n



1982 wurden die Bewohnerinnen des Dorfes Sepur Zarco verschleppt und versklavt. 2016 haben sie einen wegweisenden Strafprozess gegen Täter von damals gewonnen.

es Urteil

nach 34 Jahren



Ende der Straflosigkeit: Indigene Frauen gewinnen Prozess gegen Ex-Militärs wegen sexueller Gewalt im Bürgerkrieg

Von Knut Henkel

Mit der Verurteilung zweier Ex-Militärs wegen sexueller Gewalt gegen 15 indigene Frauen beginnt in Guatemala eine Reihe von Prozessen zur Aufarbeitung der Bürgerkriegsverbrechen.

Paula Barrios ist zufrieden. Sechs Jahre Vorbereitung haben sich gelohnt, denn Guatemalas erster Prozess wegen Vergewaltigung und sexueller Versklavung ist mit einem Urteil zu Ende gegangen, das der Anklage weitestgehend folgt. „Wir haben entlang der feministischen Theorie argumentiert, uns auch auf den kulturellen Hintergrund der Opfer, allesamt Maya-Q'eqchí, bezogen“, freut sich die Anwältin. Gemeinsam mit zwei Kollegen hat sie die ursprünglich 15 Frauen aus dem kleinen Dorf Sepur Zarco vertreten, die seit 2003 im Kontakt mit den Psychologinnen der von medico international unterstützten Organisation ECAP stehen.

Das Dorf liegt rund dreihundert Kilometer nordöstlich von Guatemala-Stadt, im Verwaltungsdistrikt Izabal. Dort wurden die Frauen am 25. August 1982 unter einem Vorwand verschleppt und faktisch versklavt. Verantwortlich dafür waren der ehemalige Militäroberst Esteelmer Reyes Girón und der Militärkommissar Heriberto Valdez Asig, die den Frauen weismachten, dass sie nach dem Verschwinden ihrer Männer an deren Stelle Militärdienst ableisten müssten. So wurden die indigenen Frauen zu Sexsklavinnen, die den Soldaten in dem Militärcamp Sepur Zarco über Jahre außerdem den Haushalt führten. Dafür mussten sich die beiden Militärs, die

einige der Ehemänner gewaltsam verschwinden ließen, nun fast 34 Jahre später verantworten. Jassmín Barrios Aguilar, die vorsitzende Richterin, verurteilte Esteelmer Reyes Girón am 26. Februar 2016 zu einer Haftstrafe von 120 Jahren und seinen Spießgesellen Heriberto Valdez Asig zu 240 Jahren Freiheitsentzug.

Urteil mit Signalwirkung

Das ist das exemplarische Urteil, welches sich Rosa Tiul und Demecia Yat, zwei der 15 Frauen von Sepur Zarco, erhofft hatten. Doch viel wichtiger für die 59-jährige Demecia Yat ist, „dass unseren Kindern und Enkeln nicht passieren kann, was uns passiert ist“. Deshalb war die im Anschluss an derartige Prozesse stattfindende Verhandlung über Wiedergutmachungsansprüche für die Opfer fast noch wichtiger als der eigentliche Prozess. Denn bei dieser Verhandlung am 2. März ging es um die Ursachen derartiger Verbrechen, die Frage, wie man sie bekämpft und wie solchen Taten vorgebeugt werden kann. Auch diesmal fällten die Richter ein Urteil mit Signalcharakter. Sie stuften die Bewohner der Region als benachteiligt ein, weil es weder eine weiterführende Schule, noch ein funktionierendes Gesundheitssystem sowie Zugang zur Justiz gäbe. Das soll sich nun ändern, denn das Bildungs- und das Gesundheitsministerium wurden verurteilt als Teil von Verbrechenprävention ihre Präsenz in der Region zu verbessern.

Auch das Ministerio Público, das Justizministerium, will seine lokale Präsenz verbessern. Dafür engagiert sich Generalstaatsanwältin Thelma Aldana. Sie braucht dafür aber einen höheren Etat. Dazu braucht es politischen Willen. Bei dem neuen Präsidenten Jimmy Morales sei dieser, so die Direktorin der Menschenrechtsorganisation Udefegua, Claudia Samayoa, nicht sonderlich ausgeprägt. „Die Partei des Präsidenten wird von Ex-Militärs dominiert. Die haben wenig Interesse an Prozessen wie Sepur Zarco“, sagt die 49-Jährige.

Trotzdem: Der erste Prozess gegen Militärs wegen sexueller Gewalt im Bürgerkrieg ist für die gesamte Region ein Novum und hat in Guatemala eine gesellschaftliche Debatte über Gewalt gegen Frauen ausgelöst. Die wird vor allem in den sozialen Netzen geführt, aber die traditionellen Medien wie „Prensa Libre“ haben sie aufgegriffen und die mediale Resonanz auf das Urteil vom 26. Februar war nahezu ausnahmslos positiv.

Terrorssystem wird aufgedeckt

Für Claudia Samayoa ist mit dem Sepur-Zarco-Verfahren und dem noch ausstehenden Creompaz-Prozess gegen die militärische Nomenklatura der 1980er ein Wendepunkt erreicht: „Der könnte ähnliche Bedeutung haben wie die Nürnberger Prozesse für Deutschland. Das System des Terrors wird sichtbar und mit diesen Verfahren und der für Mitte März angesetzten Revision des Prozesses gegen Ex-Diktator Efraín Ríos Montt, kommen wir der historischen Wahrheit näher“, urteilt die Menschenrechtsaktivistin. Besonders brisant und zukunftsweisend könnte das Creompaz-Verfahren werden. Mehr als ein Dutzend ranghohe Militärs und Politiker werden sich voraussichtlich Anfang April verantworten müssen. „Sie sind quasi das Gesicht der Repression“, sagt Samayoa.

Creompaz heißt der Stützpunkt der ehemaligen Militärzone 21 in Cobán, wo in den letzten Jahren die Experten der Stiftung für forensische Anthropologie (FAFG) Überreste von 558 Menschen exhumierten, wovon 97 dank DNA-Analysen identifiziert werden konnten. Creompaz gehört laut Generalstaatsanwältin Thelma Aldana zu den größten Fällen von gewaltsamem Verschwindenlassen in Lateinamerika. Gezielt wurden politisch unliebsame Gewerkschafter, Vertreter von indigenen Organisationen und soziale Aktivisten verschleppt, gefoltert, ermordet und auf dem weitläufigen Militärgelände, wo heute Soldaten für UN-Friedensmissionen geschult werden, verscharrt.

„Dieser Fall hat die Militärmafia in die Defensive gebracht“, urteilt der Menschenrechtsanwalt Edgar Pérez vom „Bufete de Derechos Humanos“, ebenfalls ein medico-Partner. Das ist in den letzten Monaten mehrfach verbal attackiert worden und Pérez wie auch sein deutscher Kollege Michael Mörth freuten sich Ende Februar über Besuche des deutschen und des US-amerikanischen Botschafters, die Unterstützung signalisieren. Rückhalt benötigt derzeit aber vor allem das Ministerio Público, so Michael Mörth, denn das habe schließlich die Ermittlungen für das Creompaz-Verfahren in den letzten Monaten vorangetrieben und sei die Lokomotive für den Wandel. Engagierte Staatsanwälte, mehr und mehr unbestechliche Richter und die internationale Unterstützung in Form der UN-Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala (CICIG), die seit 2007 vor Ort aktiv ist, sowie die Besuche hochrangiger Politiker sind dabei wichtige Faktoren.

Die Mauer des Schweigens bröckelt

Doch Prozesse wie Sepur Zarco könnten auch eine Eigendynamik entwickeln, hofft Luz Méndez, Vorsitzende der Frauenvereinigung Guate-

malas (UNAMG). „Das Verfahren hat Signalcharakter, weil wir die Mauer der Straflosigkeit für ein Delikt der Vergangenheit durchbrechen, und zeigen wie ein Vergewaltigungsprozess respektvoll ablaufen kann.“ Allein 2015 wurden mehr als 2.100 junge Mädchen zwischen 12 und 14 Jahren registriert, die nach einer Vergewaltigung schwanger wurden, und jedes Jahr werden zwischen 600 und 700 Frauen ermordet.

Luz Méndez führt solche Zahlen auf die Kultur des Schweigens zurück. Die dominiert das mittelamerikanische Land seit Dekaden, doch der Widerstand wächst. Plakate gegen das Vergessen, für die Suche der im Bürgerkrieg Verschwundenen und für die Rechte der Frau belegen das genauso wie alternative Radiokanäle, die steigende Zahl von Demonstrationen oder die neuen politischen Gruppen. Von denen tummeln sich etliche in den sozialen Medien und viele haben sich mit den Frauen von Sepur Zarco solidarisiert. Das gibt der Hoffnung auf gesellschaftlichen Wandel weiteren Auftrieb.

Knut Henkel ist freier Journalist in Hamburg und verfolgt die Prozesse vor Ort.

Mit den emanzipatorischen Kämpfen in Guatemala verbindet medico eine lange Geschichte. Noch vor zehn Jahren hätten sich unsere Partner und wir nicht träumen lassen, dass es einmal zu aufsehenerregenden Prozessen in Guatemala kommen würde, die erstmals die Kontinuität der Straflosigkeit in Frage stellen. Mit Ihrer Spende haben wir trotzdem über Jahrzehnte die vielfachen Bemühungen zur Aufarbeitung der Verbrechen, insbesondere die psychosoziale Arbeit von ECAP und das Büro der Menschenrechtsanwälte „Bufete de Derechos Humanos“ unterstützt. Es hat sich gelohnt.

Spendenstichwort: Guatemala



Ihr Mut hat etwas ins Rollen gebracht: Der Widerstand gegen die Kultur des Schweigens wächst.

SAVE THE DATE**Symposium stiftung
medico international 2016****Freitag, 10. Juni
10 – 17 Uhr****Frankfurt am Main
Haus am Dom****EUROPA:
EIN HANDLUNGSFELD
FÜR DIE MÖGLICHE
ANDERE WELT**

Nachdem Europa seit Jahrhunderten Ausgangsort von Kolonisierung und imperialem Streben ist, stellt die Bewegung der Flüchtenden die althergebrachte Vorherrschaft sichtbar infrage. Doch geht es in der Auseinandersetzung um Abschottung oder Weltoffenheit, die heute die Politik auf dem alten Kontinent bestimmt, nicht nur um die Zukunft der Europäischen Union. Es geht auch um die Frage, ob das noch immer nicht eingelöste Versprechen der Französischen Revolution, auf das sich emanzipatorische Bewegungen weltweit seit je berufen, neu belebt und neu gelebt werden kann.

Über die Kritik am prekären Zustand der bestehenden europäischen Institutionen hinaus wird die Notwendigkeit deutlich, sich Klarheit zu verschaffen, wie ein anderes, ein solidarisches Europa in einer anderen, solidarischen Welt aussehen könnte – jenseits von Eurozentrismus, Bürokratie und Profit. Gebraucht wird ein überzeugender Gegenentwurf, der die Alternative zunächst in ihren Grundzügen aufscheinen lässt. Eine Vision, die mitreißt und zugleich auch dazu beiträgt, eine unabhängige transeuropäische Öffentlichkeit zu fördern.

Diskussionsrunde mit:

Yanis Varoufakis (angefragt), Sonja Buckel, Qadri Ismail, Thomas Gebauer, Robert Misik und weitere

Zu den Themen:

- Zur Dialektik von Weltoffenheit und Unbehagen in der Globalisierung
- Gewalt und Anerkennung
- Migration und Gleichheit aller Weltbürger*innen
- Ungleichheit und soziale Infrastruktur
- Demokratisierung der Demokratie [Europas] als [hegemonie-] politisches Projekt

**Mehr Infos unter
www.medico.de/symposium**

Zukunft zwischen Trümmern

Syrien: Es geht um eine föderale Perspektive jenseits eines „Planet of Clans“

Von Martin Glasenapp

Was kaum jemand glauben wollte, trat nun doch ein: Im Krieg um Syrien gibt es Anfang März 2016 eine zweiwöchige „Einstellung der Feindseligkeiten“. Natürlich, es wurde weiter geschossen und sowohl die russische wie die US-amerikanische Luftwaffe flogen Angriffe auf vermeintliche und tatsächliche Stützpunkte „islamistischer Rebellen“. Dennoch konnten viele Menschen erstmals wieder die Keller verlassen und für einige Zeit in der Sonne durch ihre zerstörten Straßen gehen. So auch in Erbin im südlichen Großraum von Damaskus, wo medico ein Schulprojekt unterstützt. Dort fallen zwar gerade keine Fassbomben mehr vom Himmel, aber die Lebensmittelversorgung ist so dramatisch schlecht, dass unsere Partner vor wenigen Tagen eine Schulspeisung einführen mussten.

Verlängert sich die Feuerpause, könnte sie tatsächlich ein Wendepunkt im syrischen Bürgerkrieg werden. Denn nur wenn der Himmel Sicherheit verspricht, können die Menschen wieder Luft holen. Hierbei kam auch etwas zum Vorschein, was nur wenige für möglich gehalten hatten: Die Demonstrationen kehrten zurück. Auf einmal waren sie wieder da, die Gesänge, die Rufer und die selbstgemalten Schilder, die bildhaft für den Beginn des syrischen Aufstandes standen. „Syrien ist schön, aber es ist noch schöner ohne Assad“, oder: „2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016 und wir wollen immer noch Freiheit“. Über 150 Demonstrationen fanden

während der Feuerpause in Syrien statt. Ein Beleg dafür, dass inmitten der zertrümmerten Vorstädte und ausgehungerten oppositionellen Provinzen der demokratische Geist lebendig ist. Schafft die brüchige Waffenruhe also tatsächlich eine Perspektive? Natürlich wäre es ein wirklicher Fortschritt, wenn alle syrischen Konfliktparteien zur Einsicht kommen sollten, dass kein Sieg auf dem Schlachtfeld möglich ist, ohne dass Syrien endgültig zerstört werden würde. Mindestens so wichtig wäre es, wenn auch die regionalen Einflussmächte, Saudi-Arabien, Türkei, Iran, sowie Russland und die USA ihr Handeln an einer Friedensoption ausrichten würden. Das allein öffnet dennoch längst keine demokratische Perspektive und damit auch keine tatsächliche Rückkehroption.

Denn die syrische Nomenklatura und ihre Personifizierung, Bashar al-Assad, ist das zentrale Problem und deshalb eine Rückkehr in alte Zeiten unvorstellbar. Wer sollte, wer kann wieder wie früher leben nach mindestens 400.000 Toten? Die Assad-Familie, das staatliche Geflecht aus Kriegsverwaltung und Armee wie auch die oppositionellen Milizen, das Kalifat des Islamischen Staates, die Dschihadisten und die sogenannten „moderaten“ Rebellen, sie binden alle Syrerinnen und Syrer, die noch im Land sind – und das ist die Mehrheit – an eine Welt der Religionen und Sekten, an Aufrufe zum Krieg, zum Jihad oder zur Verteidigung der Nation.



Foto: REUTERS

Erstmals wieder seit Jahren findet während der Feuerpause in einem antiken römischen Amphitheater in der Nähe von Daraa eine Demonstration gegen das syrische Regime statt.

Aber auch in der westlichen Wahrnehmung wird die syrische Bevölkerung an eine Welt des „Orientalismus“ gebunden, in der es lediglich um den „Schutz der Minderheiten“ geht. Diese Sichtweise geht mit einer ignoranten Diskriminierung des Religiösen und seiner unterschiedlichen Ausprägungen einher und mit einer noch immer kolonialen Betrachtung der Geographie, der Grenzen und Staatlichkeit, all dessen, was Europa unter einer „Nation“ versteht.

Aber vielleicht ist es gerade der Exodus der syrischen Flüchtlinge nach Europa, der uns einen neuen Weg des Verständnisses weist, der auf noch keiner politischen Karte verzeichnet ist. Die Bewegung der syrischen Flüchtlinge stellt nicht nur in Europa die Idee der Grenze und der Bindung einer Gesellschaft an eine Nation infrage, sondern auch in Syrien selbst. Eine Idee, die

von Europa nach Syrien exportiert wurde. Der Panarabismus, der in Syrien erfunden wurde, begriff sich immer größer als sein Staatsgebiet und verstand sich somit als Vertreter aller arabischen Gesellschaften. Heute existiert dieser Gedanke allenfalls noch in der pervertierten Idee, dass eine Familienvorherrschaft größer als die syrische Nation selbst sein könnte, deren Einheit und soziale Kohäsion man längst geopfert hat. Eine Zukunft könnte daher nur in einer Anerkennung der Diversität der syrischen Gesellschaft, ihrer religiösen und ethnischen Unterschiede sowie in Form einer identitätsstiftenden Autonomie liegen. Diese würde sich in einer föderalen Struktur voneinander trennen, um zugleich staatlich verbunden zu sein. Wenn niemand mehr versucht, den anderen zu dominieren, könnte die Macht des Zentralstaates eingeehrt und tatsächlich ein Übergang

in eine Phase des Nichtkrieges beginnen, Das wäre noch lange kein Friede, könnte aber den Übergang in einen neuen politischen Selbstfindungsprozess der syrischen Bevölkerung leiten. Insoweit beinhaltet die demokratische Selbstverwaltung der kurdischen Gebiete in Syrien tatsächlich einen Hinweis auf einen möglichen dritten Weg. Ideologisch wird die „Revolution in Rojava“ letztendlich an das „Kurdisch-Sein“ gebunden bleiben und die Differenz zur arabischen Mehrheitsgesellschaft nicht überschreiten. Aber gerade ihre faktische Selbstbezogenheit und die Abkehr von der Erringung der Zentralmacht in Damaskus könnte sie für andere Landesteile und Bevölkerungsgruppen interessant machen.

Bedingung dafür wäre die Anerkennung der jeweiligen Differenz und der Verwundungen, die durch den Krieg und die jahrzehntelange Einheitsideologie geschlagen wurden. Dann, nur dann könnte die Zerstörung der syrischen Nation auch die Idee einer neuen pluralen Idee von Staatlichkeit und Demokratie hervorbringen – jenseits einer zwangshomogenisierten Bevölkerung und einer Einheitsideologie, sei sie nun religiös oder säkular begründet. Quasi una fantasia, aber was sonst? Eine marode auf russischen Waffen basierende Militärherrschaft eines Familienstaates oder ein Planet bewaffneter Slums auf syrischem Territorium? Wer würde in eine solche Zukunft ernsthaft zurückkehren wollen?

medico leistet Nahrungsmittelhilfe in Damaskus, unterstützt eine Schule in Erbin und die medizinische Versorgung in Daraa. Im kurdischen Kobanê richteten wir eine Mutter-Kind-Klinik ein und helfen grenzüberschreitend im kurdischen Diyarbakir bei der Versorgung der ausgebombten Bevölkerung.

Spendenstichwort: Syrien

DER KRIEG DES SULTANS Nothilfe im kurdischen Diyarbakir

Auch in der Türkei ist zu sehen, was es heißt, zu versuchen einem autoritären Staatsverständnis das Moment eigener Autonomie und Demokratie gegen alle Grenzen zu entwinden. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan nennt nicht nur die Selbstverwaltung in Rojava verächtlich einen „staatlichen Kramladen“, sondern bekämpft die kurdische lokale Selbstverwaltung in der Türkei als blanken „Terrorismus“. Mit katastrophalen Folgen. In kurdischen Stadtteilen der Türkei findet ein „zweites Kobanê“ statt, wie unlängst unsere Partner vom Rojava Derneği in Diyarbakir sagten. In der kurdischen Metropole tobt ein blutiger Häuserkrieg. Zuvor wurden im nahen Cizre zwei Stadtviertel völlig zerstört. Über 100 Zivilisten starben, manche verbrannten in Schutzkellern nach massivem Artilleriebeschuss der türkischen Armee. 200.000 Menschen sind bislang geflohen, 1,4 Millionen sind direkt oder indirekt betroffen.

Normalerweise leistet der medico-Partner Nothilfe im kurdischen Kobanê auf syrischer Seite. Jetzt hat er begonnen auf türkischer Seite zu helfen. In Diyarbakir, Cizre und Nusaybin verteilen sie Medikamente, Decken und Nahrungsmittelpakete. Aber welche Zukunft haben die Kurdinnen und Kurden heute? Wer gewährt ihnen ihre Demokratie? Im Jahr 2000 sagte der gerade aus mehrjähriger Haft entlassene türkische Soziologe Ismail Beşikci: „Wären Kurdinnen und Kurden wenigstens verrücktes Rindfleisch oder genossen den Status verseuchter Hühner, man würde sich sorgfältig und lösungsbereit mit ihnen auseinandersetzen. Aber sie sind Menschen, die ihre Freiheit einklagen. Wieso steht Europa nicht an ihrer Seite, sondern ausschließlich auf Seiten der groben Gewalt?“ 16 Jahre später und angesichts der neuen Interessensgemeinschaft zwischen Erdoğan und der EU ist diese Bemerkung noch immer gültig.

HILFE IN DER KRISE

Auszug aus der Rede von Kamel Mohanna auf der Londoner Geberkonferenz für Syrien Anfang Februar 2016



Foto: Privat

Dr. Kamel Mohanna ist Gründer und Präsident des libanesischen medico-Partners Amel Association. medico leistet mit Amel und mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes langfristige medizinische Nothilfe für syrische Flüchtlinge in der libanesischen Bekaa-Ebene und in Beirut.

Im Libanon stellt die Versorgung von 1,5 Millionen Flüchtlingen aus Syrien eine extreme Herausforderung dar. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Nothilfeprogramme drastisch unterfinanziert sind. So ist der Libanon Crisis Response Plan von 2015 nicht ausreichend ausgestattet worden, nicht einmal die Hälfte der benötigten 2,14 Milliarden Dollar wurde bewilligt. Hinzukommt, dass die Geberstaaten ihre Zusagen oft nicht einhalten. So sind die 3,8 Milliarden Dollar, auf die sich die internationale Gemeinschaft auf der Geberkonferenz für Syrien im März 2015 verständigt hatten, bei weitem nicht zusammengekommen.

Als problematisch erweist sich auch, dass die humanitäre Hilfe immer stärker zu einem Wohltätigkeits-Business geworden ist, in dem betriebswirtschaftlich orientierte Nichtregierungsorganisationen dominieren. In dieser „Hilfsindustrie“ sind Prinzipien wie Humanität, Verantwortung und Solidarität durch Technokratie und Professionalismus ersetzt worden. Das trägt nicht dazu bei, den Menschen in Not wirksam zu helfen. Vor allem in internationalen Organisationen fließen astronomische Summen in Verwaltung, Koordination und Sicherheit. Zudem sind vor Ort verwurzelte Organisationen wesentlich besser vernetzt und genießen auch mehr Vertrauen. Hierdurch können sie weit eher eine Hilfe leisten, die auch ankommt. Die internationale Gemeinschaft sollte der Rolle lokaler NGOs mehr Bedeutung beimessen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Dem „Guardian“ zufolge fließen weniger als zwei Prozent der Hilfsgelder direkt an lokale NGOs.

Die Beispiele belegen den gravierenden Mangel an Solidarität der internationalen Gemeinschaft mit den notleidenden Menschen und den Aufnahmeländern. Und was tut Europa? Es schließt seine Grenzen. Es ist unannehmbar, dass ein Land wie der Libanon mit vier Millionen Einwohnern über 1,5 Millionen Flüchtlingen Schutz gewährt, während ein großes Land wie Frankreich lediglich 13.000 aufgenommen hat. Die europäischen und letztlich alle wohlhabenden Staaten sind gefordert, den Nachbarländern Syriens bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise weit stärker zu helfen als bisher.

Export der Abschottung

Die Auslagerung der Migrationskontrolle globalisiert die Politik der Ausgrenzung

Von Ramona Lenz

Nicht erst seit dem Milliardendeal mit der Türkei Ende letzten Jahres versucht die Europäische Union, Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten bereits weit vor den Grenzen Europas aufzuhalten. Spätestens seitdem im Oktober 2005 Hunderte Menschen die Grenzzäune der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla stürmten, spannen die EU und ihre Mitgliedsstaaten Herkunfts- und Transitländer in ihre Abschottungs- oder Selektionspolitik ein. Gerne wird diese Externalisierungsstrategie dieser Tage euphemistisch als Maßnahme der „Fluchtsachenbekämpfung“ deklariert, auch wenn damit keine einzige Fluchtursache tatsächlich beseitigt wird, sondern im Gegenteil Gründe und Bedingungen von Flucht und Migration sogar verschärft werden.

Auf einem von medico international gemeinsam mit Brot für die Welt und Pro Asyl organisierten Fachtag in Berlin am 23. Februar 2016 diskutierten NGO-Vertreterinnen und -vertreter aus Deutschland, der Türkei, West- und Ostafrika die fatalen Konsequenzen dieser Migrations- und Flüchtlingspolitik für Herkunfts- und Transitländer ebenso wie für das Selbstverständnis Deutschlands und Europas. Beginnend mit dem Rabat-Prozess, der auf west- und nordafrikanische Länder zielt und im Juli 2006 initiiert wurde, über den Khartoum-Prozess, der sich seit November 2014 auf das Horn von Afrika konzentriert, bis zum Aktionsplan mit der Türkei

vom November vergangenen Jahres zeichnet sich ab, dass für Europa Wohlstandswahrung und eigene Sicherheit im Vordergrund stehen, während Menschenrechte, Entwicklung und die Sicherheit von Migrantinnen und Migranten allenfalls rhetorisch eine Rolle spielen. Doch auf dem Fachtag wurde auch deutlich, dass Deutschland und Europa ihre Interessen in der Welt schon lange nicht mehr ungebrochen durchsetzen können.

Eher Diktat als Dialog

Der medico-Partner Amadou M'Bow von der Mauretanischen Vereinigung für Menschenrechte (AMDH) eröffnete die Tagung mit einem historischen Abriss des Rabat-Prozesses und seiner Auswirkungen auf Westafrika. Diesen Prozess als Ergebnis eines „euro-afrikanischen Dialogs“ zu bezeichnen, wies er zurück. „Das war eher ein Diktat als ein Dialog, keinesfalls ein demokratischer Vorgang.“ Für die Länder Westafrikas habe das Einwirken der EU zur Konsequenz gehabt, dass die Mobilität, die für die Menschen in der Region seit Jahrhunderten selbstverständlich ist, schwieriger wurde und Staatsgrenzen an Bedeutung gewannen. Und nicht nur das: „Nach der Unabhängigkeit von der französischen Kolonialmacht 1958 brauchte Mauretanien migrantische Arbeitskräfte. Es gab keine Integrationsprobleme. Seit dem Einwirken



Aus den Augen, aus dem Sinn: Auf dem Fachtag in Berlin kamen NGO-Vertreterinnen und -Vertreter aus Deutschland, der Türkei, West- und Ostafrika zusammen.

der EU werden inländische Arbeitskräfte bevorzugt und der Rassismus hat zugenommen.“

In der anschließenden Diskussionsrunde zum Rabat-Prozess betonte Stephan Dünnwald vom Bayerischen Flüchtlingsrat, dass Mali im Gegensatz zum militärisch regierten Mauretanien, ein Land mit „mehr Hoffnung und Widerständigkeit“ sei. Obwohl dort wie in Mauretanien ein EU-gesteuertes Zentrum des Migrationsmanagements errichtet wurde, um Migrantinnen und Migranten vorzuselektieren, sei der Einfluss der EU weit geringer. Dafür nannte er verschiedene Gründe. So hätten sich die Maßnahmen in Mauretanien anders als in Mali in erster Linie gegen Einwanderer aus Nachbarländern gerichtet und seien deswegen leichter durchzusetzen gewesen. Außerdem sei der Kreis an Akteuren, die dafür gewonnen werden mussten, überschaubar und „leichter einkaufbar“. „Im multiethnischen Mali ist die Situation komplexer. Hier gibt es eine enge soziale Verwobenheit und

die Politik unterliegt sozialer Kontrolle, was eine zu enge Zusammenarbeit mit der EU verhindert.“ Statt von der EU finanziertes Material und Fahrzeuge für die Grenzkontrolle einzusetzen, würde es von höheren Beamten lieber privat genutzt. „Die Grenzen sind mehr oder weniger offen. Nach Europa wollen aber die wenigsten.“

In Bezug auf Marokko konstatierte Hannes Stegemann von caritas international Ähnliches: „Viele deutsche Politiker machen sich ein falsches Bild von der Abhängigkeit Marokkos von deutscher Entwicklungshilfe. Marokko ist nicht erpressbar.“ Das habe offenbar auch die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) falsch eingeschätzt, die das Land seit Mitte 2015 bei der Implementierung einer neuen Migrations- und Asylpolitik unterstützen will. Eine teure Delegation von GIZ-Mitarbeitern und -Mitarbeiterinnen befinde sich seit Monaten im Land, sei aber arbeitsunfähig, weil Marokko bislang nicht kooperierte.

Amadou M'Bow warf ein, dass die EU in der Migrationspolitik verschiedene Register ziehe und auch versuche, mit der Zivilgesellschaft zu kooperieren, was Stephan Dünwald für Mali und die Türkei bestätigte. In diesen Ländern gebe es eine regelrechte „Migrationsindustrie“, die auf Projektausschreibungen reagiere. Wenn beispielsweise Projekte zur Sensibilisierung der Menschen für die Gefahren des Weges in den Norden ausgeschrieben würden, könne man sicher sein, dass sich innerhalb kürzester Zeit diverse Organisationen gründeten, die genau solche Projekte anböten. Kritische Organisationen wie medico-Partner AMDH hingegen könnten oftmals gerade so ihre Miete bezahlen, erklärte M'Bow. „Bei Ausschreibungen zur Sensibilisierung für die Gefahren der Migration würden wir uns nie bewerben, da wir nicht gegen Migration sensibilisieren wollen. Das geht gegen unsere Prinzipien. Wir machen lieber mit begrenzten Mitteln Dinge, hinter denen wir auch stehen.“

Auch am Horn von Afrika finanziert die EU „Sensibilisierungskampagnen“, um Menschen von der Migration abzuhalten. Und nicht nur das. Im Rahmen des Khartoum-Prozesses, der am Nachmittag diskutiert wurde, sollen Beamte in Sudan und Südsudan im Migrations- und Grenzmanagement geschult werden. Für Eritrea und Ägypten gibt es Überlegungen, die Polizeiausbildung zu unterstützen, und im Niger bietet die Internationale Organisation für Migration (IOM) in vier Zentren bereits „freiwillige Rückkehrpakete“ an.

Vorbild Australien?

In der Diskussionsrunde um die „heimatnahe Unterbringung“ syrischer Flüchtlinge in der Türkei wurde debattiert, ob die EU die Türkei nicht nur als „sicheres Herkunftsland“, sondern auch als „sicheren Drittstaat“ einstufen werde. „Das würde bedeuten, dass alle, auch alle Flücht-

linge, in die Türkei zurückgeschickt werden können. Das wäre das Ende des europäischen Asylsystems“, meinte Oktay Durukan von Refugee Rights Turkey. Und Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik ergänzte: „Abschottung und Rücksendung von Flüchtlingen in die Türkei löst kein Problem, trotzdem ist es derzeit der einzige politische Plan.“ Seine Prognose: „Europa wird das australische Modell übernehmen.“

Düstere Aussichten bestimmten auch die Abendveranstaltung: Eigentlich sollten Günther Burkhardt von Pro Asyl, Thomas Gebauer von medico, Reinhard Palm von Brot für die Welt und ein Vertreter des Auswärtigen Amtes Ausblicke auf eine Flüchtlings- und Migrationspolitik „jenseits der Abschottung“ eröffnen. Burkhardt sah Europa in eine Vorkriegssituation hineinschlittern. Gebauer und Palm schöpften immerhin noch Hoffnung aus der „starken Zivilgesellschaft“, die in Deutschland seit letztem Jahr eine „Willkommenskultur“ geprägt habe. Und während Burkhardt die Meinung vertrat, „kurzfristiges Krisenmanagement“ und eine klare Trennung von Flucht und Migration zur Rettung des individuellen Asylrechts sei das Gebot der Stunde, verteidigte Palm die langfristige Entwicklungszusammenarbeit gegen eine Vereinbarung in die Abschottungspolitik Europas. Thomas Gebauer ergänzte: „Bei aller Notwendigkeit, unmittelbar zu reagieren, muss eine längerfristige Politik erkennbar sein. Wenn wir die zunehmende dramatische Ungleichheit auf der Welt nicht angehen, wird sich nichts ändern an den Ursachen für Flucht und Migration.“

Eine ausführliche Dokumentation der Tagung findet sich im Internet unter www.medico.de/fachtagflucht

Spendenstichwort: Migration

Kein sicheres Herkunftsland, fast nirgends

Afghanistan: Von der Enttäuschung und dem Aufbruch der ersten Nachkriegsgeneration



Foto: REUTERS

Alles unter Kontrolle? Am 9. März 2016 in der Stadt Gereshk, nordwestlich von Kandahar nach einem Angriff der Taliban.

Von Thomas Seibert

Anfang Februar 2016 reiste Bundesinnenminister de Maizière nach Kabul. Er forderte die Afghanen auf, im Land zu bleiben, und verhandelte über eine schnellere Rücknahme abgelehnter Asylbewerber. Pressefotos zeigen ihn mit Stahlhelm. Nicht ohne Grund: Am Tag, da der Minister und seine Leibgarde durch die Hauptstadt fuhren, sprengte sich vor einer Polizeiwache ein Selbstmordattentäter in die Luft und nahm 29

Menschen mit in den Tod. Afghanistan, sicheres Herkunftsland.

Zwei Wochen später empfingen wir Besuch aus Kabul: der Mittdreißiger Hadi Marifat und der Mittfünfziger Mohammad Sharif, den alle den „Doktor“ nennen. Sie sind Gründer der Afghan Human Rights and Democracy Organisation (AHRDO), des medico-Partners in Afghanistan.

Wir sprachen über den Besuch de Maizières, über die Flucht Zehntausender aus dem kriegs-verwüsteten Land, über die geplanten Massenabschiebungen und die Nachrichten vom griechisch-mazedonischen Grenzort Idomeni, den Afghanen nicht mehr passieren können. „11.000 Menschen sind bei uns im vergangenen Jahr der Gewalt zum Opfer gefallen, über 7.000 wurden verletzt, über 3.000 starben“, sagt Hadi, „mehr als im Jahr zuvor, doppelt so viele wie 2009. Wenn ich mich morgens von meiner Mutter verabschiede, weiß ich nicht, ob ich sie abends wiedersehe.“

„Oh ja, es ist etwas besser geworden: Wir haben den ersten gewaltfreien, gesetzmäßigen Regierungswechsel unserer Geschichte hinter uns“, wendet der Doktor schmunzelnd ein. Dann ernsthaft: „Die Leute haben unter Lebensgefahr ihre Stimme abgegeben, manche mussten dazu über Stunden durch unsicheres Gelände gehen. Jetzt gibt es eine sogenannte Regierung der nationalen Einheit. Dabei handelt es sich um ein Kabinett von Warlords, deren größtes Interesse darin besteht, sich von aller Verantwortung freizusprechen. Die internationalen Truppen ziehen sich zurück, Zehntausende Jobs sind verloren. Sicher ist hier nur der Opiumanbau.“ Hadi erinnert daran, dass de Mazière von „sichereren Zonen“ sprach. Das sei, so Hadi, nicht ganz falsch. „In manchen Gegenden herrscht Krieg, andere stehen unter Kontrolle von Warlords, Taliban oder IS und sind vorerst befriedet.“

Doch die ethnischen und religiösen Spannungen dauerten an. „Hazaren oder Usbeken können sich nicht einfach in paschtunischen Gebieten ansiedeln, Paschtunen nicht in Dörfer von Hazaren oder Usbeken ziehen.“ In den letzten dreißig Jahren seien alle abwechselnd zu Tätern und Opfern geworden. Die Kriege haben Afghanistan, eigentlich ein koloniales Konstrukt, entlang ethnisch-religiöser Trennlinien neu geordnet.

Menschen abladen wie Müll

Die Äußerungen de Mazières haben bereits Folgen. Erste Afghanen wurden nach Afghanistan geflogen. „Ich weiß von Leuten, die sich nach der Rückkehr umgebracht haben oder den Taliban in die Hände fielen,“ erklärt Hadi. „Man kann Menschen doch nicht wie Müll abladen.“ Der Doktor ergänzt: „Das Problem sind nicht allein die Taliban, sondern das Fehlen gesicherter rechtsstaatlicher Verhältnisse, die alles durchdringende Korruption, die allgegenwärtige Unsicherheit. Wer in die nächste Stadt zum Arzt oder auf den Markt geht, riskiert entführt zu werden. Allein auf dem Weg von Kabul nach Kandahar sind 2015 über 50 Menschen verschwunden.“

Hadi lebt erst seit wenigen Jahren in Kabul. Seine Eltern sind Anfang der 1980er Jahre mit Millionen anderen Afghanen nach Pakistan geflohen. Er ist nahe der Grenze in Quetta aufgewachsen und zur Universität gegangen. Dank eines Stipendiums konnte er sein Studium in den Niederlanden abschließen. Wie viele andere Kinder des Exils ist er freiwillig zurückgekehrt, um sich an Wiederaufbau und Demokratisierung zu beteiligen. Er wurde Mitarbeiter einer internationalen NGO, stieß sich aber schnell daran, von außen erdachte „Programme“ umsetzen zu müssen. In den Mittagspausen traf er andere junge Heimkehrer, die genauso unzufrieden waren. Irgendwann kündigten einige ihre Jobs und gründeten AHRDO. Seitdem stellt sich AHRDO in den Dienst der Menschen, die in den letzten fast vierzig Jahren zu Opfern einer oder mehrerer der Kriegsparteien geworden waren. Frauen, die ihre Männer verloren haben und jetzt allein für ihre Familie sorgen müssen. Männer, die in Folter und Gefangenschaft gerieten, darunter auch solche, die selbst zu Tätern geworden waren. Gelingt es, sie als Überlebende der Gewalt aller Seiten zusammenzubringen, hat man Menschen versammelt, für die ein Ende der Gewalt

die erste Bedingung einer Gerechtigkeit wäre, die niemanden ausschliesse.

Überlebende der Gewalt

Mohammad Sharif, der Doktor, war einer der ersten, der zu AHRDO stieß. Als Aktivist der Studierendenbewegung der 1970er Jahre promovierte er zwar noch zum Arzt, konnte seinen Beruf aber nie ausüben, weil er erst von der sowjetischen Armee, dann von den Mudschaheddin und zuletzt von den Taliban verhaftet wurde. Er verlor mehrere Brüder, verbrachte zehn Jahre in einem pakistanischen Flüchtlingslager, kehrte nach Kabul zurück. Nachdem AHRDO begann, mit der in Lateinamerika entwickelten Methode des „Theaters der Unterdrückten“ zu arbeiten, wurde er zum „Joker“ unzähliger Aufführungen. Der seriöse Mann eröffnet das Spiel, indem er seine Geschichte in Wort und Geste mitteilt und den anderen die Angst nimmt, von sich zu berichten. AHRDO initiiert solche Schauspiele nicht nur in Kabul, sondern an vielen Orten des Landes. Zugleich aber sorgt der medico-Partner dafür, dass es nicht bei einem Theaterstück bleibt, sondern die Mitspieler sich danach zu „Schuras“ zusammenschließen. Nach afghanischer Sitte sind das Ratsversammlungen, in denen ein Gemeinwesen seine Angelegenheiten regelt. Die Schuras der Kriegswitwen und Kriegsversehrten sind Zusammenschlüsse zur gegenseitigen Hilfe in den alltäglichen Nöten wie im Versuch, politisch das Wort zu ergreifen. So im Streit mit der Stadtverwaltung von Kabul um die Umbenennung einer Hauptstraße in „Straße der Kriegsüberlebenden“ – ein Streit, den AHRDO gewonnen hat.

„Ich bin Angehöriger einer Generation, die unter dem Protektorat der internationalen Truppen erwachsen geworden ist“, sagt Hadi. „Das Versprechen, das man uns gegeben hat, wurde nicht gehalten. Viele haben sich deshalb auf

den Weg nach Europa gemacht, andere werden folgen. Aus Enttäuschung, angesichts völliger Perspektivlosigkeit. Wir gehören zu denen, die um das uns gegebene Versprechen und um unser Überleben kämpfen.“ Nicht nur in Kabul hat es erste Demonstrationen dieser Generation gegeben, zugleich gegen die Taliban, die Warlords und die Regierung gerichtet, mit Tausenden von Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Es gibt Lesezirkel, in denen Schüler und Studierende ihren Anschluss an die politischen Debatten suchen, die heute überall auf der Welt geführt werden. AHRDO übt gerade ein neues Stück ein, das kein Laien-, sondern ein Schauspielerstück sein wird. Es trägt den Titel „Die Achse des Bösen“ und bringt einen Taliban zusammen mit dem Piloten einer amerikanischen Drohne auf die Bühne. Der Doktor wird den Taliban spielen.

Im September 2015 hat AHRDO mit dem Projekt „Die Reisen“ begonnen: Aus vier Provinzen besuchen sich jeweils sechs junge Frauen und Männer gegenseitig und spielen ihren Gastgeber Theaterstücke mit Szenen ihres Alltags vor. Die Stücke werden im Verlauf der Reise stetig überarbeitet. Eingebettet werden die 24 Aufführungen in mehrtägige Aufenthalte mit einer Vielzahl weiterer Aktivitäten. Die Erfahrungen werden in Reistagebüchern und in einem Dokumentarfilm festgehalten, der selbst auf Reise gehen und an 16 Orten vorgeführt werden wird. Die Tagebücher sollen zuletzt auf einer Ausstellung in Kabul präsentiert werden, die den Schwierigkeiten, aber auch Chancen eines multiethnischen Afghanistans gewidmet ist. medico unterstützt „Die Reisen“ mit Mitteln des Auswärtigen Amtes. Außerdem fördern wir aus Spenden AHRDO institutionell.

Spendenstichwort: Afghanistan

Projekte Projektionen



An der Grenze

Flucht: In Idomeni entsteht das neue Europa

Griechenland wurde formell von der EU-Hilfsagentur ECHO zum „Notstandsgebiet“ erklärt. Erstmals gibt es „humanitäre Hilfe“ in einem EU-Land: 700 Millionen. Athen kann all jene, die vor den Krisen und Kriegen nach Europa geflüchtet sind, nicht versorgen. Das Land ist kaputtgespart. Sterben dürfen die Flüchtlinge aber auch nicht, deshalb die Nothilfe. Weil Europa die verzweifelten Menschen an seinen Zäunen nicht ertragen kann, aber auch nicht aufnehmen will, sollen sie zurück in die Türkei in die Anonymität der Lager im Nirgendwo. Dort darf sich dann ein Flüchtling erneut bewerben. So spielt Europa Schutzbedürftige gegeneinander aus und begeht den Menschenrechts-

bruch durch eine pauschale Sammelabschiebung aller, die es über das Wasser geschafft haben. Der medico-Partner Moving Europe ist seit Monaten entlang der Migrationsrouten auf dem Balkan präsent. Jetzt sind sie in Idomeni, morgen vielleicht woanders. Das aktivistische Netzwerk kauft Brennholz, bietet Strom für Handys und vor allem Tipps zur Weiterreise. In Idomeni hat sich Europa für eine Mauer der Macht aus zwei hohen Zäunen mit dreifachem NATO-Draht entschieden. In der Europäischen Verfassung heißt es: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit.“ Wann entscheidet sich Europa ein Kontinent der Einwanderung zu sein?

Stichwort: Migration

Am Dach der Welt

Nepal: Besser leben nach dem Erdbeben

Die Erdbeben im April und Mai 2015 töteten nicht nur über 9.000 Menschen, sondern zerstörten auch ungezählte Wohnhäuser, Schulen oder auch Krankenhäuser. Weniger in der Hauptstadt Kathmandu, sondern dort, wo schlecht hinzukommen ist und besondere Armut herrscht, in den ländlichen Bergregionen. Trotz aller Dringlichkeit der Hilfe begannen staatliche Behörden erst im Januar 2016 mit dem Wiederaufbau. Denn vor der Hilfe stand eine politische Blockade besonderer Art: Die 2015 verabschiedete neue Landesverfassung wurde gerade im vom Beben besonders betroffenen Süden, an der Grenze zu Indien, abgelehnt, da sie die Minderheiten des Landes benachteiligt. Es gab Demonstrationen mit zahlreichen Toten und um die Regierung unter

Druck zu setzen, besetzten Protestierende die Grenzübergänge nach Indien. Zement, Holz und Benzin kamen nicht mehr durch, der Wiederaufbau lag brach. Alles wurde teuer und der Schwarzmarkt entschied über die Hilfe. Aber jetzt sind die Grenzen wieder offen. Die lokalen medico-Partner in Nepal bilden Hunderte Handwerker in erdbebensicherem Bauen aus und bieten psychosoziale Beratungen an für jene, die das traumatische Naturereignis nicht verarbeiten können. Zugleich werden Schulen instand gesetzt und Kurse in Katastrophenvorsorge und Gemeindemobilisierung angeboten. Hier hilft der pakistanische medico-Partner HANDS mit. Das nächste Beben kann niemand verhindern. Aber sind die sozialen Bande der Gesellschaft gestärkt und die Häuser sicherer gebaut, dann schwindet die Angst und das Leben wird einfach besser.

Spendenstichwort: Nepal

Preis der Rücknahme

Marokko: Zuflucht für verfolgte Frauen

Erst kam Entwicklungsminister Gerd Müller. Dann kam Innenminister Lothar de Maizière. Nacheinander bereisten sie Ende Februar 2016 Marokko, Tunesien und Algerien. Es ging nur ums eins: Die Maghreb-Staaten sollen Migranten aus Deutschland zurücknehmen, koste es, was es wolle. Menschenrechte werden so schnell zum taktischen Gut. Der Entwicklungsminister lobte „die Anstrengungen Marokkos bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus afrikanischen Ländern und aus dem Nahen Osten“, obwohl subsaharische Migranten in Marokko einer ständigen Verfolgung ausgesetzt sind. Am schlimmsten ist die Situation für Frauen und Kinder, die unterwegs und im Land immer wieder zu Opfern sexualisierter

Gewalt werden. Sie werden von Schleppern und Mitreisenden ebenso vergewaltigt wie von Polizisten und anderen Sicherheitskräften. Seit November 2015 unterstützt medico zwei Zufluchtswohnungen in Rabat, der Hauptstadt Marokkos, wo migrantische Frauen und ihre Kinder Ruhe und Sicherheit finden können. Diese Wohnungen werden von der Selbstorganisation kongolesischer Migranten in Marokko (ARCOM) betreut, die von dem kongolesischen Buchautor Emmanuel Mbolela mitgegründet wurde. Weil Länder wie Marokko jetzt „sichere Herkunftsstaaten“ sein sollen, fordert Mbolela Deutschland und die EU auf, ihre Haltung zu überdenken: „Es braucht eine Politik, die die Rechte und die Würde der Migrantinnen und Migranten respektiert und die Schutzlosen schützt.“

Spendenstichwort: Migration

Wer die Stille stört

Israel: Besatzungskritische Organisationen werden massiv angegriffen und unterwandert. Warum? Fragen an Yehuda Shaul

Seit Oktober 2015 sind israelische NGOs und vor allem Breaking the Silence in einem nicht gekannten Maß Hetzkampagnen und Angriffen ausgesetzt. Wie sehen diese Anfeindungen aus und von wem kommen sie?

Wir haben unzählige Hass-Mails bekommen. Auf breiter Front werden wir von jüdisch-nationalistischen Organisationen und radikalen Einzelpersonen, aber auch von rechtsgerichteten Politikern angegangen. Schlimmer sind aber die eingeschleusten Spitzel: In den vergangenen drei Jahren haben Rechtsgerichtete, auch Siedler, Maulwürfe in Menschenrechtsorganisationen untergebracht. Manche kommen ursprünglich aus dem Sicherheitsapparat. Manche Operationen wurden sogar mit öffentlichen Geldern bezahlt. Auch wir wurden infiltriert. Zu uns kamen vier Personen, die falsches Zeugnis abgelegt haben. Wir konnten alle enttarnen. Einer davon war ein Knesset-Abgeordneter, zwei traten als Aktivisten auf, der vierte kam als Soldat, der darauf bestand, uns Material zu geben, das der Geheimhaltung unterliegt. Hätten wir das veröffentlicht, wäre das existenzbedrohend für uns gewesen.

Wie schützt Breaking the Silence sich vor solchen Angriffen?

Wir prüfen jede Aussage mehrfach durch andere Quellen. Das schließt die Vorlage beim militärischen Zensor der israelischen Armee ein, um auszuschließen, dass nationale Sicher-

heitsinteressen verletzt werden. Bislang haben wir noch nie ein Zeugnis eines ehemaligen Kombattanten veröffentlicht, das später als unwahr zurückgenommen werden musste. Auch jetzt haben wir keines der falschen Zeugnisse veröffentlicht, weil wir sie nicht verifizieren konnten. Aber die beiden als Aktivisten getarnten Maulwürfe hatten Zugang zu den Büroräumen, nahmen an internen Besprechungen teil, wurden zu Kolleginnen und anderen Aktivisten nach Hause eingeladen. Das waren Leute, denen wir vertraut haben. Wir hätten nicht geglaubt, dass Rechtsradikale so weit gehen würden, Spione bei Menschenrechtsorganisationen einzuschleusen. Bei diesen Methoden denke ich an die Stasi.

Was habt ihr mit dem „geheimen Material“ getan?

Wir haben umgehend den militärischen Zensor informiert und um Instruktionen gebeten. Wir haben auch Nachforschungen über den Soldaten angestellt und konnten nachweisen, dass er von der rechtsradikalen Organisation Ad Kan geschickt worden war. Er sollte uns dazu bringen, nationale Sicherheitsinteressen zu verletzen, was zu einer geheimdienstlichen Untersuchung gegen uns geführt und ziemlich sicher das Ende der Organisation bedeutet hätte. Ad Kan wird übrigens staatlich gefördert, aber ich bezweifle, dass der Staat nach diesem Vorfall irgendetwas unternehmen wird.



Foto: Holger Priedermuth

Yehuda Shaul ist Mitgründer und Aktivist des medico-Partners Breaking the Silence

Warum sind solche Hetzkampagnen wie in den vergangenen Monaten in Israel so erfolgreich?

Ein sehr wichtiger Bestandteil der Besetzung ist die Stille, die sie umgibt. In diesem Sinne geht es hier nicht nur um die radikale Rechte. Die Arbeitspartei verhält sich bezüglich der Besetzung nicht anders. In ihrem gesamten Wahlkampf kam das Wort Besetzung nicht einmal vor. Die Angriffe richten sich auch nicht gegen die Linke in Israel. Sie richten sich gegen Gruppen, die gegen die Besetzung sind. Dies ist ein Versuch, Besatzungsgegner mundtot zu machen. Die Regierung will nur den Status quo aufrechterhalten. Sie spricht ständig von Sicherheit, während wir eine halbe dritte Intifada erleben. Die Regierung hat darauf keine andere Antwort als: Lasst uns weiterhin Angst haben, weiter kämpfen, weiter besetzen. Um Kritik daran zu unterbinden, wurde jetzt der innere Feind aufgebaut.

Verbal wurdet ihr von höchster politischer Stelle angegriffen, auch von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und von Bildungsminister Naftali Bennett von der Siedlerpartei „Das jüdische Haus“. Warum?

Das ist eine gesteuerte Kampagne. Natürlich ist nicht jede Einzelaktion geplant, aber von oben wird gehetzt und dann machen die Leute mit. Die Optimisten bei uns denken, es geht darum, uns zu delegitimieren. Die Realisten meinen, wir sollen endgültig fertiggemacht werden. Bennett ist tief in diese Kampagne verwickelt. Er ist der Strippenzieher. Sein engster Berater steht auch als Berater hinter den jüngsten Angriffen gegen uns und andere.

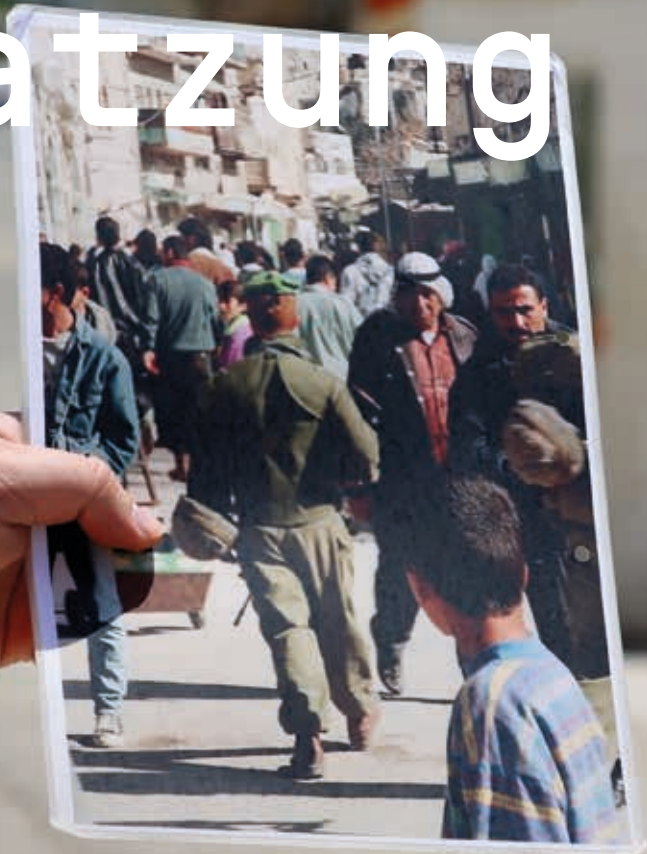
Wie sehr gefährdet diese Entwicklung die demokratische Verfasstheit Israels?

Seit 49 Jahren führen wir jenseits der Grünen Linie in den besetzten Gebieten eine Militärdiktatur. Konnten wir ernsthaft glauben, dass wir diese Verhältnisse jenseits der Linie lassen können und bei uns die Demokratie behalten? Demokratie in Israel bedeutet, dass sich Israelis mit Israelis über das Schicksal der Palästinenser unterhalten – aber nicht mit ihnen. Trotzdem: Man kann auch sagen, dass das Glas halb voll ist. Wir haben in dieser Situation von Menschen Unterstützung erhalten, die sonst nicht unbedingt offen für uns eingestanden wären, darunter hochrangige Militärs oder auch Yuval Diskin, der ehemalige Chef des Geheimdiensts. Sie haben verstanden, dass es nicht um unsere Organisation geht, sondern darum, ob man in diesem Land noch seine Meinung äußern kann.

Interview: Riad Othman

Mehr zur Arbeit von Breaking the Silence – einmal umblättern.

Im Labor der Be- satzung



Das Bild im Bild zeigt die belebte Al-Shuhada-Straße im Jahr 2000. Dahinter zeigt sich die verwaiste Gegenwart.

Israel/Palästina: Der Alltag der Besatzungspolitik und die Rolle der Siedler: Ein Rundgang mit Breaking the Silence durch Hebron

Von Christian Sälzer

„Willkommen im Herzen der zweitgrößten palästinensischen Stadt“, ruft Yehuda Shaul, während der Bus im Zentrum Hebrons einfährt. Er weiß um die Irritation, die sich aus dem Kontrast seiner Worte und der Wirklichkeit ergibt. Denn hier, inmitten einer 200.000-Einwohner-Stadt, nur wenige Schritte entfernt von dem für Juden wie Moslems gleichermaßen heiligen Grab des Stammvaters Abraham oder Ibrahim, herrscht eine gespenstische Stille. Der Platz ist menschenleer, lediglich an den Zugängen steht ein Dutzend schwer bewaffnete israelische Soldaten, junge Kerle und Frauen, breitbeinige Pose, wachsamen Augen. Eine unwirkliche, düstere Atmosphäre in praller Mittagshitze. „Willkommen in der Geisterstadt von Hebron“, sagt Yehuda Shaul, während er aus dem Bus steigt.

Mindestens einmal pro Woche bringt der 33-Jährige Menschen von Jerusalem nach Hebron, um sie genau damit zu konfrontieren: eine palästinensische Großstadt, in deren Zentrum man keinen Palästinenser antrifft. Jede Woche nehmen Dutzende an diesen von der Organisation Breaking the Silence organisierten Touren teil, Ausländer, vor allem aber junge Israelis. Um sie geht es den Initiatoren besonders: Menschen, die vor ihrer Einberufung zur IDF stehen, sollen sehen, was Besatzung bedeutet und wie sie vonstattengeht. Jede der Touren ist ein Kampf gegen das Schweigen und für die Sichtbarmachung eines Alltages, der in der israelischen Gesellschaft

weitgehend ausgeblendet bleibt. Nicht immer verlaufen die Touren reibungslos, mitunter wird der Bus vom israelischen Militär aufgehalten oder werden die Teilnehmer von militanten Siedlern angegriffen.

Für Shaul ist jede dieser Touren auch eine Reise in die eigene Vergangenheit. Anfang des Jahrtausends hat er hier, gerade einmal Anfang 20, seinen Militärdienst absolviert. Ausgerechnet im Pulverfass Hebron, der für Juden so heiligen Stadt mitten im Westjordanland, ausgerechnet während der zweiten Intifada. Doch als Spross einer streng religiösen Familie sah er den Dienst als Pflicht an, nötig und legitim. Also hat er Befehle ausgeführt und erteilt. Tagsüber verfügte er Straßensperren, nachts durchsuchte er willkürlich ausgewählte Wohnungen palästinensischer Familien. Nach Lust und Laune ließ auch er Verhaftungen vornehmen und Geschäfte schließen. Wurden aus palästinensischen Wohnvierteln Schüsse abgefeuert, feuerte er zurück – mit Granaten in dicht besiedelte Wohngebiete. „Am ersten Tag betete ich noch, dass ich niemanden treffe. Am zweiten Tag hatte ich weniger Skrupel, am dritten war es Routine“, erzählt er rückblickend.

Doch nach seinem Dienst begann Shaul, vieles infrage zu stellen. Nicht das Sicherheitsbedürfnis Israels, sehr wohl aber die Besatzungspolitik. Die Erfahrungen in Hebron hatten sein Weltbild zerrüttet. Und er stellte fest, dass es



Die Innenstadt ist von einem dichten Netz aus Grenzwällen, Sperrgebieten und Verbotszonen durchzogen.

ehemaligen Kameraden ähnlich erging. Sie schlossen sich zusammen und gründeten die Organisation Breaking the Silence. Seitdem führen die Aktivisten, allesamt ehemalige Soldaten, Interviews mit Angehörigen der israelischen Armee über deren Erfahrungen in den besetzten Gebieten und veröffentlichen diese. Zuletzt haben sie ein Buch mit Zeugnissen von der Militäroperation gegen den Gazastreifen im Sommer 2014 herausgegeben, die belegen, wie brutal der Einsatz geführt wurde. In Israel schlug die Veröffentlichung hohe Wellen, Shaul war Stammgast in Talkshows und Radiosendungen.

Ausgangspunkt der Siedlerbewegung

Heute nimmt er in einem Teehaus Platz und erzählt, wie Hebron zu dem wurde, was es ist: eine geteilte Stadt, die einzige palästinensische Stadt mit jüdischen Siedlungen in ihrem Zentrum, einer der Brennpunkte des Nahostkonflikts, voller Hass und Verzweiflung. Das sei nicht immer so gewesen, über Jahrhunderte

hätten Juden und Moslems hier weitgehend friedlich zusammengelebt. Im 20. Jahrhundert aber eskalierte die Situation, es kam zu Übergriffen und 1929 zu einem Massaker seitens der arabischen Bevölkerung, schließlich zur Evakuierung der jüdischen Einwohner durch die Briten. Doch mit der Besetzung des Westjordanlands im Sechstagekrieg 1967 durch die israelische Armee eröffnete sich den nationalreligiösen Eiferern die Gelegenheit, die Rückgewinnung der „heiligen Stadt Abrahams“ und ehemals jüdischen Besitzes in Angriff zu nehmen. So kam es, dass die Siedlerbewegung 1968 hier zunächst in Form von provisorischen Besetzungen ihren Anfang nahm. In den frühen 1980er Jahren kam es zur Gründung von vier jüdischen Siedlungen in der Altstadt – inmitten einer palästinensischen Großstadt. Eine einzigartige Konfliktkonstellation, aus palästinensischer Sicht eine ungeheuerliche Provokation. Doch statt die Siedlungen räumen zu lassen, ließ die israelische Regierung sie durch immer mehr Soldaten schützen und erkannte sie schließlich offiziell an.

Infrage gestellt wurden die israelischen Ansprüche an Hebron durch das Oslo-Abkommen, mit dem alle Städte in den besetzten Gebieten der palästinensischen Autonomiebehörde unterstellt wurden. Doch für Hebron, in dem die Lage nach dem Goldstein-Attentat, dem Dutzende von Moslems zum Opfer fielen, weiter eskalierte, wurde ein Sonderstatus beschlossen. Das Hebron-Protokoll von 1997 verfügte, dass die Stadt in zwei Zonen geteilt wird: 80 Prozent des Stadtgebietes – die H1-Zone – werden seitdem palästinensisch verwaltet, der Rest – H2 – untersteht israelischer Kontrolle. H2 umfasst die gesamte Altstadt mitsamt dem Grab des Patriarchen und die jüdischen Siedlungen. Israel sicherte seine Präsenz und vergrößerte seine Kontrolle. Fortan lebten 500 Siedler unter israelischer Kontrolle auf engstem Raum mit 35.000 Palästinensern – umgeben von weiteren 160.000 Palästinensern. Wie das auf Dauer gut gehen sollte? „Das konnte nicht gut gehen“, sagt Shaul und nippt an seinem Tee. „Die Besatzungspolitik zielt darauf, die Machtverhältnisse in H2 umzukehren. Machen wir uns auf den Weg.“

Straße für Straße, Haus für Haus

Der Rundgang durch die Altstadt führt entlang der Al-Shuhada Straße, noch vor 16 Jahren eine belebte Einkaufsstraße, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum des arabischen Hebrons. Heute ist es eine tote Straße. Nahezu alle Häuser stehen leer, die Markthallen verrotten. „Israel konnte nicht die ganze Innenstadt räumen lassen“, sagt Shaul. „Aber man konnte das Leben der palästinensischen Bewohner in eine Hölle verwandeln, so dass sie von sich aus gehen.“ Shaul zeigt verschweißte Eingangstüren und mit Betonplatten versperrte Durchgänge.

Mit Ausbruch der zweiten Intifada wurde H2 mit einem dichten Netz aus Sperrgebieten und Verbotszonen durchzogen, das jedes geregelte Le-

ben und Wirtschaften unterbindet: Auf manchen Straßen dürfen Palästinenser nicht Auto fahren, an anderen keine Geschäfte betreiben, die wichtigsten dürfen sie nicht einmal betreten. Doch das ist nur ein Teil der Strategie. Der andere: „Es ist Aufgabe der Soldaten, die Palästinenser die Besatzung spüren zu lassen, immer und überall“, so Shaul. Monatelange Ausgangssperren, fortwährende Personenkontrollen, Razzien, Verhaftungen – Tag für Tag und Nacht für Nacht läuft ein Programm, das jegliches Gefühl von Sicherheit oder Berechenbarkeit zerstört. Die Folgen: Drei von vier arabischen Geschäften wurden aufgegeben, eine Familie nach der anderen verließ ihr Eigentum. Von den ehemals 35.000 Palästinensern in H2 sind nur noch wenige Tausend geblieben, im Zentrum fast niemand.

Wer es noch nicht geschafft hat, hier wegzukommen, lebt in einer Falle. Shaul zeigt auf eine Wohnung im ersten Stock, vor deren Fenstern Eisengitter angebracht sind. „Noch bewohnte Zimmer erkennt man daran, dass die Gitter in Schuss gehalten werden.“ Denn die eigentliche Drecksarbeit machen die militanten Siedler, die selbsternannte „Speerspitze der Nation“. Sie stellen den verbliebenen Palästinensern nach, attackieren sie und werfen die Fenster mit Steinen ein – all das unter den Augen der Soldaten. „Diese dürften nicht einmal eingreifen. Sie sind nicht die Polizei, sondern Teil der Streitkräfte, deren Auftrag es ist, die Siedler zu schützen.“

Auf arabischen Türen sind hebräische Graffiti zu lesen. „Rache.“ Und: „Tod allen Arabern.“ Straße um Straße und Haus um Haus ist so das arabische Leben aus H2 gewichen. Und Zentimeter für Zentimeter dehnen die Siedler ihr Territorium aus. In einer Seitengasse zeigt Shaul auf ein ehemaliges Geschäft, nicht größer als eine Garage. „Darin leben seit kurzem Siedler, noch tun sie es heimlich. Aber das wird sich ändern. Sie haben es nicht eilig.“ Kurz da-

rauf kommt ein Siedler heraus. Er beschimpft Shaul, wünscht auch ihm den Tod, siegesgewiss und aufreizend.

Von dem eigentlichen Stadtzentrum aus führt die Al-Shuhada-Straße leicht ansteigend in Richtung H1. Rechterhand befinden sich drei der vier jüdischen Siedlungen. Alle sind an für Juden bedeutsamen Orten gegründet worden. Mit Millionenbeträgen, darunter staatliche Mittel, sind aus Provisorien im Lauf von drei Jahrzehnten festungsartige Anlagen geworden. Hinter Kontrolltürmen und Betonwänden erheben sich wuchtige Neubauten im typischen Jerusalemstein. Die Siedlung Beit Hadassah birgt auch ein Museum zur jüdischen Geschichte in Hebron, Beit Romano beherbergt neben einer Kaserne der IDF eine Jeschiwa mit 300 Thora-Studenten. Keimzellen auf dem Weg zu einem jüdischen Hebron.

Landnahme oder Unterwerfung

Aus einer Seitentür tritt ein jugendlicher Siedler, eine Maschinenpistole über die Schulter geschlankt. „Jeder geistig gesunde Siedler darf eine Waffe tragen und bekommt sie auf Wunsch vom Staat Israel gestellt“, erzählt Shaul. Ein Detail, eines von vielen. „Ohne die Unterstützung durch den Staat Israel gäbe es die Siedlungsbeziehung nicht.“ Die große Mehrheit der Siedler Hebrons stünde auf den Gehaltszetteln Israels, sei es als „Siedlungsvorsteher“ oder „Sicherheitsbeauftragter“, sei es als Angestellter einer Behörde in Jerusalem. „Wollte man die Siedlungen stoppen, müsste man sie nicht einmal räumen. Man müsste nur ihre Alimentierung beenden. Doch das hat keine der israelischen Regierungen der letzten Jahrzehnte, gleich welcher Couleur, getan.“ Worum geht es bei all dem: Um Landgewinn? Shaul schüttelt den Kopf. Darum gehe es den Siedlern. „Das Ziel der Besetzung liegt vor allem darin, absolute Kont-

rolle auszuüben. Den Palästinensern soll das Gefühl totaler Ohnmacht eingebläut werden. Selbst wenn sie schon im Dreck liegen, sollen sie noch unseren Stiefel im Nacken spüren.“

Zurück am Erzvätergrab. Hier wurde am 12. Februar ein 17-jähriges Mädchen erschossen, nachdem sie einen Soldaten mit einem Messer angegriffen hatte. Während die Gewalt seit Sommer 2015 überall im Land dramatisch zugenommen hat, ist sie in Hebron explodiert. Messerattacken auf der einen Seite, Schüsse auf der anderen. Rund 180 Palästinenser und 30 Israelis sollen binnen eines halben Jahres ums Leben gekommen sein. Einige Monate lang untersagte die IDF Breaking the Silence die Touren nach Hebron. Die offizielle Begründung: Die Armee sei nicht in der Lage, die Teilnehmer vor den Siedlern zu schützen.

„Hebron ist ein Augenöffner“, sagt Shaul. Die Situation hier sei zwar besonders verdichtet, doch sei Hebron keine Ausnahme. „Das System der Entrechtung und Diskriminierung, der Landnahme und Vertreibung, der Gewalt und der Unterwerfung – alles, was man hier sieht, wird überall in den besetzten Gebieten angewendet. Hebron ist das Labor der Besatzung.“

Siehe auch die komplette Fotostrecke unter www.medico.de/hebron. Hier findet sich auch die Audiodatei „Wie Hebron zur Geisterstadt wurde“, in der Yehuda Shaul die Entwicklung der Stadt nachzeichnet (auf Englisch, 32 Minuten).

medico unterstützt Breaking the Silence dabei, die eigene Gesellschaft auf diese Verhältnisse aufmerksam zu machen – eine Vorbedingung für die Fähigkeit der Zivilgesellschaft, die bestehenden Ungerechtigkeiten zu überwinden.

Spendenstichwort: Israel/Palästina



Offiziell sind sie zum Schutz der Siedler da. Faktisch tragen sie massiv zur Vertreibung der Palästinenser aus „H2“ bei.



Die jüdischen Siedlungen inmitten der Stadt sind zu festungsartigen Anlagen ausgebaut worden.

Preis der Stabilität

Ägypten: Die Polizei foltert weiter und verfolgt Menschenrechtlerinnen



„Giulio ist einer von uns und wurde getötet wie wir.“ Am 6.2.2016 halten Menschenrechtsaktivisten in Erinnerung an den toten italienischen Studenten Giulio Regeni Plakate während einer Mahnwache vor der italienischen Botschaft hoch. Tage zuvor war die halb nackte Leiche des zuvor Vermissten am Straßenrand mit eindeutigen Folterspuren gefunden worden.

Die Zahlen hatten es in sich. Im Januar veröffentlichte der medico-Partner El Nadeem Center for the Rehabilitation of Victims of Torture and Violence, das einzige seiner Art in Ägypten, einen Bericht über das Jahr 2015. Die Bilanz des Schreckens: 465 Todesfälle durch Polizeigewalt, davon 137 in Polizeigewahrsam oder Gefängnissen, 640 Fälle individueller und 36 Fälle kollektiver Folter, medizinische Vernachlässigung von Gefangenen in 356 Fällen, 464 Fälle von „staatlichem Verschwindenlas-

sen“ – vielleicht eine der schlimmsten Formen staatlicher Gewalt, weil sie auch die Angehörigen mit der Ungewissheit über das Schicksal ihrer Verwandten und Freunde dauerhaft quält. Es war eine Anklageschrift mit nur einer Schlussfolgerung: Wo die Polizei ist, gibt es die Möglichkeit der Folter, in Polizeistationen, den Gefängnissen, an der Universität und U-Bahnstationen, vor allem aber in den unzugänglichen Zentren der ägyptischen Staatssicherheit.

Das Besondere an dem Bericht ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von El Nadeem keine geheimen Informationen aus verborgenen Quellen des Staatsapparates zusammengetragen haben, sondern nur das, was die Medien berichtet hatten. Jeder der Fälle war bereits öffentlich. Das lässt vermuten, dass die wahren Zahlen noch monströser sind. Trotzdem war die Botschaft so brisant, dass sich die Regierung zum Eingreifen entschloss: Mitte Februar 2016 wurde dem Zentrum der Entzug der Arbeitserlaubnis vom Gesundheitsministerium zugestellt, bei dem es als Behandlungs- und Rehabilitationseinrichtung registriert ist. Versuchte das Ministerium zunächst, formale Gründe wie eine Verletzung der Lizenzgrundlagen durch „unzulässige Menschenrechtsarbeit“ vorzubringen, wurde in den folgenden Gesprächen der Leiterinnen mit der Behörde deutlich, dass es sich um eine politische Entscheidung „von höchster Stelle“ handelte: Das Zentrum sollte schließen.

Nadeem gab allerdings nicht klein bei und reichte bei dem „Verwaltungsgericht für dringliche Angelegenheiten“ eine Klage gegen das Ministerium und den Gouverneur der Stadt ein. Auch die Arbeit geht weiter. „Wir werden jeden Tag während der Öffnungszeiten im Zentrum sein und unsere Arbeit tun, bis sie kommen und uns schließen“, sagt Aida Seif al Dawla, Mitgründerin und aktuelle Leiterin des Zentrums. „Solange es Folteropfer gibt, werden wir Mittel und Wege finden, ihnen beizustehen und unsere Berichte zu veröffentlichen. Der einzige Weg, das zu verhindern, ist mit dem Foltern aufzuhören.“ Dabei ist sie sich der Risiken bewusst. Schon wegen geringerer Vergehen müssen Menschenrechtsaktivisten lange Haftstrafen verbüßen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Behörden versuchen, das Nadeem Center zu schließen. Bereits 2004 wurde den Aktivisten vorgeworfen, nicht nur eine Klinik zu betreiben, sondern auch „illegale“ Menschenrechtsarbeit. Damals wehr-

ten sie sich erfolgreich. Diesmal könnte sich die Staatsgewalt durchsetzen. Denn die Rücksichtslosigkeit gegenüber jeder Form der Kritik hat dramatisch zugenommen: Und solange andere Regierungen – so auch die Bundesregierung – beide Augen zudrücken, gibt es wenig Aussicht auf Änderung. Das zeigt sich auch daran, dass 2015 für die ägyptische Armee das Jahr mit den größten Waffenimporten seit langem war. Für fast 1,5 Mrd. USD lieferten Frankreich und die USA Kampfflugzeuge und sind in Deutschland U-Boote bestellt. Auch Kanada, die Niederlande, Russland und Italien stehen auf der Lieferantenliste. Als „Garant der Stabilität“ wird Präsident Abd al-Fattah as-Sisi wie sein Vorgänger im Amt und im Geiste, Hosni Mubarak, geschätzt. Über die Menschenrechtsverbrechen wird bei Staatsbesuchen geschwiegen.

Das Nadeem Center aber wird nicht schweigen, alle Mitarbeiter wollen weitermachen. In einer öffentlichen Erklärung werfen sie dem Gesundheitsministerium vor, sich zum Büttel des Innenministeriums zu machen, das die Reste einer kritischen Zivilgesellschaft verfolgt: „Unser Arbeitsverbot ist unzweifelhaft ein weiterer Schritt in der fortwährenden Unterdrückung von Menschenrechtsverteidigern in Ägypten.“ Die Psychiatrie-Professorin Magda Aly, ebenfalls Gründerin des Zentrums, sagt es so: „Unser Engagement gegen Folter in all ihren Formen wird weitergehen. Ideen brauchen keine Lizenz.“

Andreas Wulf

An der Frage der Menschenrechte bemisst sich der Gehalt jeder Demokratie. Solange ägyptische Sicherheitskräfte dazu da sind, das Regime zu schützen und nicht die Bürger, solange braucht es unerschrockene Partner wie das Nadeem Center in Kairo. Seit 2013 unterstützt medico diese mutige Arbeit.

Spendenstichwort: Ägypten

Vergessen und verkauft

Westsahara: Wie die deutsche Abschottungspolitik die Lage der sahrauischen Flüchtlinge verschlechtert

Sie steigen nicht in die Boote und schnallen sich keine Sprengstoffgürtel um. Sie achten das Völkerrecht. Statt eines Kalifats haben sie eine säkulare, demokratische Republik ausgerufen. Sie haben den bewaffneten Kampf gegen das Versprechen der Staatengemeinschaft eingetauscht, Selbstbestimmung auch im Rahmen des internationalen Rechts erreichen zu können. Die Folge von all dem? Nur die wenigsten wissen hierzulande um die Situation der Sahrauis und dass ihr Land, die Westsahara, seit Jahrzehnten unter marokkanischer Besatzung steht.

Vor 40 Jahren flohen die Sahrauis vor den Phosphor- und Napalmbomben der marokkanischen Armee, die die ehemalige spanische Kolonie besetzte und die Einwohner vertrieb. Seitdem schwelt in der Westsahara der Konflikt zwischen Marokko und den Sahrauis, die für einen unabhängigen Staat kämpfen. Seit dem Waffenstillstand von 1991 aber gilt er als „eingefroren“. In Zeiten des globalen Katastrophenkapitalismus und entgrenzter Gewalt führt dies jedoch dazu, dass die kalte Krise zum Normalzustand und der Flüchtlingsstatus von mehr als 100.000 Sahrauis in der menschenfeindlichen Geröllwüste Südwestalgiens zementiert wird. Dort sind sie zwar in Sicherheit. Doch die vollständige Abhängigkeit von internationaler Hilfe und die Perspektivlosigkeit machen das Lagerleben immer unerträglicher. Dabei waren die Lager lange Zeit Orte des Aufbruches und der Hoff-

nung. Als selbstverwaltete Flüchtlingsrepublik im Exil dienen sie noch heute als Basis für die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS). Die als antikoloniale und sozialistische Befreiungsbewegung gegründete Polisario betreibt dort eine Politik, die in der Region alles andere als selbstverständlich ist: Religiöser Fundamentalismus ist ihnen fremd, der Glaube Privatsache, bei Scheidungen behält die Frau das Zelt, Mädchen und Jungen werden zusammen unterrichtet. Die Lager sind der Beleg dafür, dass die Sahrauis einen demokratischen Staat führen können. Gleichzeitig sind sie ein Zeichen gegen das Vergessen.

Sehr wohl aber registrieren die Sahrauis, dass die „neueren“ Krisenherde die ohnehin nie große internationale Aufmerksamkeit weiter abzieht. Das wirkt sich unmittelbar aus. So werden die Finanzierungslücken beim UN-Flüchtlingshilfswerk und dem Welternährungsprogramm immer größer. Insgesamt sind die internationalen Hilfen laut Polisario um 40 Prozent zurückgegangen, im vergangenen Jahr wurden die Lebensmittelrationen gekürzt. Hinzu kommt, dass die EU die Besatzungsmacht Marokko aus ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen zunehmend als „privilegierten Partner“ hofiert. Ganz neu ist das nicht. Bereits 1992 wurde die UN-Friedenstruppe MINURSO beauftragt, ein Referendum über den zukünftigen Status der Westsahara durchzuführen. Die Abstimmung ist bis heute erfolgreich



Foto: Sebastian Bolesch

Frauenrechte gelten in der Westsahara, dennoch werden die Souveränitätsrechte der Sahrauis von Europa missachtet.

von Marokko blockiert worden. Im Bündnis mit Frankreich ist es Rabat bisher sogar gelungen, dass das Mandat der MINURSO als einzige UN-Mission keinen Auftrag zur Überwachung der Menschenrechtssituation enthält. Mängel bei der Versammlungsfreiheit, bei der freien Meinungsäußerung bis hin zu Misshandlungen oder Folter? Auch die in der Westsahara eingesetzten Bundeswehrsoldaten sind zum Wegschauen verpflichtet.

Das aktuelle Interesse der Bundesregierung, Marokko zum „sicheren Herkunftsland“ zu erklären, stärkt die Position der dortigen Machthaber enorm. Als Gegenleistung zur Unterstüt-

zung der deutschen Abschottungs- und Abschiebepolitik, für die Innenminister Thomas de Maizière jüngst nach Rabat reiste, konnte die marokkanische Seite politische Zugeständnisse im Westsaharakonflikt einfordern. Der dreckige Deal in einem Satz: Damit Deutschland zukünftig nach Marokko abschieben kann, müssen die sahraischen Flüchtlinge weiter in der algerischen Wüste bleiben. Dahinter steckt auch ökonomisches Kalkül. Denn die Ausbeutung der Naturschätze in der besetzten Westsahara und ihrer Küstengewässer ist für Marokko lukrativ. Das Land wehrt sich deshalb vehement gegen ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes. Der hatte ein Agrar- und Fischereiabkommen zwischen dem Maghreb-Staat und der Europäischen Union auf Eis gelegt, weil es die Westsahara einbezog. Die Ausplünderung eines besetzten Gebietes durch die Besatzungsmacht ist jedoch eindeutig völkerrechtswidrig. Im Gegenzug für die Rücknahme von abgelehnten Asylbewerbern hat die Bundesregierung nun aber Marokko zugesagt, sich für die Rücknahme des Urteils einzusetzen. Während Marokko also beim Bruch des Völkerrechts unterstützt wird, werden die Sahrauis für ihre Achtung der Regeln des internationalen Rechts bestraft. Anders formuliert: Das Recht des Stärkeren droht die Stärke des Rechts zu schlagen.

Bernd Eichner

Gemeinsam mit seinen Partnern von Western Sahara Resource Watch in Brüssel und dem Verein „Freiheit für die Westsahara“ wird medico die Auseinandersetzungen um das Handelsabkommen weiter verfolgen und die Haltung der Bundesregierung kritisieren.

Spendenstichwort: Westsahara



Geheilt, aber nicht gesund

Foto: REUTERS

Seit Ende 2015 gilt die Epidemie in Sierra Leone als besiegt. Noch immer aber leiden Menschen und Land unter den Folgen.

Sierra Leone: Im Kampf gegen Ebola hat die Zivilgesellschaft ihre Stärke erfahren. Ein Hoffnungsschimmer?

Von Anne Jung

„Ihr seid gestorben, damit wir leben können“, steht auf dem schlichten Gedenkstein im Eingangsbereich des Distriktkrankenhauses von Kenema, jener Provinzstadt, in der Anfang 2014 die ersten Fälle von Ebola auftraten. Auf dem Stein sind fast 50 Namen von Menschen verzeichnet, die bei ihrem Einsatz gegen die Epidemie gestorben sind: Ärzte, Krankenschwestern und -pfleger, Logistiker, Techniker. Auch der Name Dr. Sheik Umar Khan ist hier zu finden. Er war der einzige Virologe des Landes und international bekannter Spezialist für Lassafieber. Noch Monate nach dem Abklingen der Epidemie liegt Trauer über dem Land. Die Trauer über den Tod von Familienangehörigen, von Freundinnen und Freunden. Aber auch die eigene Angst vor einer Infektion und das Ohnmachtsgefühl, von der eigenen Regierung und der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen worden zu sein. Doch sei es bei Unterhaltungen in der Markthalle, im Restaurant oder bei Interviews – stets ist da noch ein anderes Gefühl: Die Menschen sind stolz darauf, dass sie Ebola in einem kollektiven Akt besiegt haben. Und sie wissen, dass ihr Einsatz angesichts nicht vorhandener Hilfsstrukturen überlebensnotwendig war.

Zehntausend Menschen haben sich in Sierra Leone mit Ebola infiziert, fast 4.000 sind gestorben. Schon Jahrzehnte vor dem Ausbruch versäumten es die Regierungen, ein öffentliches Gesundheitssystem aufzubauen. In Sier-

ra Leone arbeiten weniger als 300 Ärztinnen und Ärzte, allein in der Frankfurter Uniklinik sind es dreimal so viele. „Nicht auszumalen was los ist, wenn hier mal was wirklich Schlimmes passiert“, sagte der Menschenrechtler Joseph Pokawa über den Zustand des Gesundheitssystems in den ländlichen Regionen des Landes. Das war 2011, drei Jahre vor dem Ausbruch der Epidemie.

Tu etwas oder stirb

Es waren vor allem Nichtregierungsorganisationen und Freiwillige, die in die Bresche sprangen. „Do or die“ lautete die Antwort auf die Frage, wie sich Hunderte Community Worker, die für ihre Arbeit oft nur minimale Beträge erhielten, motivieren konnten. Über Monate sind sie von Tür zu Tür gegangen und haben Menschen über Gefahren und Schutzmöglichkeiten aufgeklärt, haben sie für die Erkrankten und gegen den Virus gekämpft. Viele haben sich aufgrund der schlechten Ausstattung der Krankenstationen selbst angesteckt und sind gestorben. Sie alle sind „Ebola Champions“, wie es auf Plakaten heißt, die landesweit die Straßenzüge säumen.

Auf einer unverputzten Mauer klebt ein anderes Plakat. Unter der Überschrift „Congratulation for kick Ebola out“ ist Präsident Ernest Koroma zu sehen, in staatsmännischer Pose, der



Alte Fotos: medico

Für Frieden und Einigkeit: Aufklärung soll helfen, die Ausgrenzung von Überlebenden zu überwinden.



Der Alltag ist zurückgekehrt. Straßenszene in Freetown.

Retter im Kampf gegen die Epidemie. Ein Zynismus. Schließlich hat die Regierung offenkundig versagt, im Vorfeld und während der Krise. Tatsächlich haben die Menschen die Seuchenbekämpfung eines Staates, den sie noch nie in einer fürsorglichen Rolle erlebt hatten, vielerorts misstrauisch beäugt oder sogar als Bedrohung erlebt. Das Misstrauen erhielt neue Nahrung, als die Behörden Dörfer oder Stadtviertel abriegelten, ohne die eingeschlossenen Menschen ausreichend zu versorgen. So wie in Komende Luyama.

In dem Dorf außerhalb von Kenema leben die Menschen wie fast überall im Land von der Landwirtschaft. Kakaobohnen liegen zum Trocknen vor dem Dorfplatz. Niemand hatte hier jemals von Ebola gehört, als Mustapha Mambu Besuch von seiner Schwester bekam. Plötzlich wurde sie krank. „Wir kümmern uns hier umeinander, alle haben ihr Essen gebracht und sie getröstet“, erinnert sich Mustapha. Als immer mehr Menschen die gleichen Symptome entwickelten und seine Schwester starb, tauchten Soldaten und Polizisten auf und stellten das halbe Dorf unter Quarantäne. „Viele sind aus Angst einfach davongelaufen“, berichtet Amie Abu, eine der Überlebenden. Die Situation drohte zu eskalieren. Erst als Community Worker von Network Movement for Justice and Development (NMJD) kamen und mit den Menschen über ihre Ängste sprachen, den Kontakt zu Verwandten in den Behandlungszentren herstellten und über Präventivmaßnahmen aufklärten, beruhigte sich die Lage.

Heute verunmöglicht vor allem die große Armut, dass die Wunden heilen können. „Wir waren vorher schon sehr arm. Während der Epidemie konnten wir unsere Felder nicht bestellen, weil wir unter Quarantäne standen. Wir haben die Ernte verloren und konnten keine Vorräte anlegen“, erzählt Musa Koroma. Seine Augen sind stark gerötet, sein sportlicher Körper ist

vor Schmerzen zusammengesackt. „Während wir im Ebola-Center waren, wurde zuhause alles, was wir besaßen, verbrannt.“ Eine Sicherheitsmaßnahme, hieß es. Aufgrund seiner Schmerzen kann er sich noch heute nicht an der Feldarbeit beteiligen. „Wir stehen vor dem Nichts.“ In einem der ärmsten Länder der Welt bedroht der Wegfall einer Arbeitskraft oft die Existenz der gesamten Familie.

Tickende Zeitbomben

So wie mit dem Kriegsende 2002 nicht über Nacht Frieden in Sierra Leone eingekehrt ist, wird das Land noch lange brauchen, um die Folgen von Ebola zu überwinden. Die Erleichterung über das Ende der Epidemie und die wiedererlangte Bewegungsfreiheit wird überlagert von existentiellen Ängsten. „Einige Überlebende fühlen sich wie tickende Zeitbomben“, sagt Archchun Ariyarajah, Mitarbeiter der Weltgesundheitsorganisation (WHO). „Niemand kann sagen, wie sich der Virus in den Körpern der Überlebenden weiterentwickelt.“ Neben der Ungewissheit und den Begleiterscheinungen von Gelenk- und Ohrschmerzen bis zu massiven Sehstörungen – leiden viele Überlebende zusätzlich darunter, dass das Umfeld ihnen mit Misstrauen und Ausgrenzung begegnet. Mancherorts werden sie für das Unheil, das über die Gemeinden hereingebrochen ist, verantwortlich gemacht und können nicht nach Hause zurückkehren.

„Bedingt durch die extreme Armut haben viele Angehörige große Angst, Verantwortung für die Überlebenden zu übernehmen. Die Leute reagieren mit Abwehr, weil sie selbst oft nicht wissen, wie sie überleben sollen“, berichtet Abu Brima, Direktor des medico-Partners NMJD. Momentan erwägt die Regierung, den Betroffenen eine kostenlose Gesundheitsversorgung zukommen zu lassen. Doch wo keine

Krankenstationen in erreichbarer Nähe sind, wird das nicht viel nützen. Abu Brima schlägt daher vor, alle Maßnahmen gegen die Stigmatisierung in den lokalen Gemeinschaften zu verorten. So könnte die Verantwortung kollektiviert werden und die soziale Isolierung der Überlebenden verhindert werden. Damit wäre eine Lehre gezogen aus der Zeit nach dem Krieg, als die Kriegsversehrten in separierten Lagern untergebracht wurden.

Ebola als Equalizer

Die Epidemie hat noch eine andere Erfahrung ermöglicht. Ungläubig staunend erzählen viele immer wieder davon, dass Vizepräsident Samuel Sam-Sumana 21 Tage unter Quarantäne gestellt wurde, nachdem einer seiner Leibwächter an Ebola gestorben war; oder dass ein hochrangiger Minister an einer Straßensperre an der Weiterfahrt gehindert wurde, weil auch er sich an die verhängten Reiserestriktionen innerhalb des Landes halten musste. Die Menschen können es noch immer kaum fassen, dass das Gesetz und die Regeln zur Seuchenbekämpfung tatsächlich für alle in gleicher Weise galten. Ebola, die vor Ämtern und Privilegien nicht Halt macht, als demokratische Erfahrung? Tatsächlich wurden Willkür und Bestechlichkeit, sonst Bestandteil des alltäglichen Erlebens, während der Epidemie weniger geduldet. Die politische Klasse stand nicht wie sonst üblich über dem Gesetz, die Regierung wurde nicht mehr als unantastbar erlebt – dieses Schlüsselerlebnis hat Räume für Debatten über Demokratie und Mitbestimmung geöffnet.

Das ist umso bedeutsamer, weil im Zuge der Epidemie die politischen und wirtschaftlichen Missstände offen zu Tage getreten sind. Zum Beispiel die enorme Abhängigkeit des Landes vom Rohstoffhandel und damit von den Welt-

marktpreisen. In den vergangenen Jahren hatte Sierra Leone einen Wirtschaftsboom erlebt, der sich vor allem den steigenden Einnahmen aus dem Rohstoffsektor verdankte. Dann kam die Epidemie und fraß das Wachstum, das 2013 noch satte 20 Prozent betragen hatte, wieder auf. Hierfür ist laut der Global-Health-Expertin Laurie Garrett vor allem die politische Reaktion auf die Seuche verantwortlich: „Die von Ebola betroffenen Länder sind in eine ökonomische und politische Isolation gestoßen worden.“

Nach Beginn der Epidemie hatten 40 Staaten ohne Zustimmung der WHO eigenmächtige Reisebeschränkungen erlassen. British Airways stoppte als erste Fluggesellschaft alle Flüge von und nach Sierra Leone und handelte gegen die Empfehlungen der WHO über Beschränkung von Handel und Reisen. Die Abschottung erschwerte die Arbeit der Hilfsorganisationen und ließ gleichzeitig die Märkte zusammenbrechen. Im formellen Sektor haben einige Unternehmen die Hälfte ihrer Angestellten entlassen. Besonders betroffen sind die Bergbaufirmen, die schon länger unter einem Preisverfall von Eisenerz litten. Das ist für die Regierung ein großes Problem, weil Eisenerz das Hauptexportgut im Bergbau ist. „Der ganze Rohstoffsektor ist ins Trudeln geraten. Das Problem ist, dass die Regierung ausschließlich auf den Export setzt und im Land selbst keine weiterverarbeitende Industrie etabliert“, erläutert Abu Brima.

Strukturelle Prävention

Die Seuche hat bei Regierungen, Gesundheitsfachleuten und Nichtregierungsorganisationen die Forderung nach dem Aufbau eines flächendeckenden Gesundheitssystems salonfähig gemacht. Hierfür aber braucht es Geld, das ohne die Erhöhung der Staatseinnahmen nicht vorhanden ist. Wirtschaftliche Diversifi-

zierung, dazu gehört die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, und die Erhöhung der Exportsteuern könnten einen Beitrag leisten. Das steht aber nicht auf der internationalen Agenda. Die von der EU mit einigen afrikanischen Ländern verhandelten Freihandelsabkommen zielen vielmehr darauf, die Steuern auf Exporte und damit die Staatseinnahmen zu senken. Mehr Geld wäre auch nötig, um die massive Abwanderung von Gesundheitspersonal zu stoppen. Nur ein Zehntel aller Medizinstudierenden bleibt nach dem Abschluss im Land. Die meisten wandern auf der Suche nach besseren Verdienstmöglichkeiten aus oder werden gezielt von Europa abgeworben.

Bei all diesen Fragen kommt es auf die Zivilgesellschaft an. In den vergangenen Monaten diente sie als Lückenbüßer, um die Schwäche staatlicher Strukturen auszugleichen. Diese Erfahrung aber hat nicht nur die tödlichen Folgen einer Politik vor Augen geführt, die nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist, sondern eigenes Handeln als Selbstermächtigung erleben lassen. Ausgehend davon geht es jetzt darum, politischen Druck auszuüben. Das „Civil Society Forum“ zum Beispiel fordert in der Folge von Ebola eine Verfassungsreform und will erreichen, dass das Recht auf Bildung und Gesundheit in die sierra-leonische Verfassung aufgenommen wird. Erfahrungen aus Südafrika zeigen, wie erfolgreich es sein kann, die Regierung auf die Einhaltung der Verfassung verklagen zu können. Auch Abu Brima, Direktor von NMJD, glaubt, dass hier der Hebel anzusetzen ist. „Um die Macht und Willkür des Staates einzuschränken, ist der Zugang zu Bildung und Gesundheit die wichtigste Voraussetzung.“

Weitere Infos unter www.medico.de/ebola im medico-Dossier.



medico-Partner in Sierra Leone: Sie streiten seit Jahren für einen gleichen und gerechten Zugang zu Gesundheit.

medico unterstützt seit vielen Jahren die Menschenrechtsorganisation Network Movement for Justice and Development in Sierra Leone in ihrem Kampf für die demokratische Teilhabe an gesellschaftlichen Transformationsprozessen.

Spendenstichwort: Sierra Leone



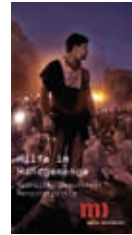
1



2



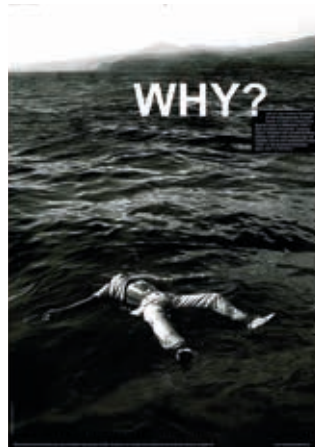
3



4



5



6



7

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste:**1 Stiftung medico international**

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

2 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführender Adressen.

3 medico-Jahresbericht 2014

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht

4 Hilfe im Handgemenge

[Faltblatt] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

5 Das Recht zu bleiben, das Recht zu gehen

DIN A1-Plakat zum Thema Flucht und Migration. Entgegen der fortlaufenden Entrechtung der Flüchtenden wollen wir die Intrechtsetzung der durch Krieg und Armut Bedrohten mit diesem Plakat deutlich machen. Mitgefühl ist ein Anfang, die Durchsetzung universeller Menschenrechte das Ziel. In DIN A2 auch in Englisch, Spanisch, Französisch und Arabisch erhältlich. Dazu gibt es einen deutschsprachigen Flyer mit medico-Projektbeispielen.

6 WHY? Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas

[DIN A1] Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende sehr freuen. Spendenstichwort: Migration

7 Umkämpfte Psyche

[Faltblatt] In Zeiten des globalen Kapitalismus gerät die therapeutische und psychosoziale Arbeit unter den Druck von Standardisierung und Effizienzdenken. Eine Handreichung zu einer anderen emanzipatorischen Haltung und Praxis. Natürlich kostenlos.

Ohne Abb. medico-Kampagne Tödliche Textilfabriken

Solidarisieren Sie sich! Gemeinsam mit den großen deutschen Gewerkschaften ruft medico zu Solidarität mit den Arbeiterinnen und Arbeitern der globalisierten Textilindustrie und ihren Familien auf: Für die Finanzierung eines Opferfonds, für die Unterstützung der Klage und für den Ankauf eines Gewerkschaftshauses in Karatschi. Bestellen Sie jetzt den Flyer um die konkrete Unterstützung, die medico leistet, bekannt zu machen.

Ich bestelle:

_____ Broschüre: stiftung medico international
 _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft
 _____ medico-Jahresbericht 2014
 _____ Faltblatt: Hilfe im Handgemenge
 _____ DIN A1 Plakat: Für das Recht zu bleiben
 _____ Faltblatt: Für das Recht zu bleiben
 _____ DIN A1 Plakat: WHY?
 _____ Faltblatt: Umkämpfte Psyche
 _____ Kampagnenflyer Tödliche Textilfabriken
 _____ Abonnement medico-Rundschreiben
vier Hefte/Jahr

Anzahl

Name

Straße

Ort

Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen**
 dass einmalig eine
Spende in Höhe von _____ € von
meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN

BANK

BIC

Datum

Unterschrift

Bitte einsenden an
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
oder faxen an [069] 43 60 02

Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden und Schenken – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

Impressum

Herausgeber:
medico international
 Burgstraße 106
 D-60389 Frankfurt am Main
 Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
 E-Mail: info@medico.de
 Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
 Thomas Gebauer, Martin Glasenapp, Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Arlt
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

Fördermitgliedschaft – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Spendenquittung – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto – medico international,
 Spendenkonto BIC: HELADEF1822,
 IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



Zustiftungen – Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Marek Arlt und Tanja Villinger

Allgemeine Anfragen, auch Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä.
 Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden,
 Tel.: (069) 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden



medico international

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



WARUM MENSCHEN FLIEHEN

Ursachen von Flucht und Migration –
Ein Thema für Bildung und Gesellschaft

Eine Broschüre für Lernende und
Lehrende +++ Erscheint im Frühjahr
2016 +++ Mehr Infos in Kürze unter
www.medico.de/material

vier Millionen Einwanderer sind aus Irland gekommen
vierhunderttausend Einwanderer sind aus der Türkei und aus Armenien gekommen
fünf Millionen Einwanderer sind aus Sizilien und Italien gekommen
sechs Millionen Einwanderer sind aus Deutschland gekommen
vierhunderttausend Einwanderer sind aus Holland gekommen
drei Millionen Einwanderer sind aus Österreich und Ungarn gekommen
sechshunderttausend Einwanderer sind aus Griechenland gekommen
sechshunderttausend Einwanderer sind aus Böhmen und Mähren gekommen
drei Millionen fünfhunderttausend Einwanderer sind aus Russland und der Ukraine gekommen
eine Million Einwanderer sind aus Schweden gekommen
dreihunderttausend Einwanderer sind aus Rumänien und Bulgarien gekommen

Ellis Island. Von Georges Perec



medico international